

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor °

Titel Suchthilfesysteme im Vergleich: Gespräch mit Gabriele Bartsch, Petra Baumberger, Artur Schroers Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 43(2017), H. 2/3, S. 28-34

Text Grundlage der Suchtpolitiken in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist eine Vier-Säulen-Politik. Aufgrund historischer Entwicklungen, struktureller, finanzieller und politischer Gegebenheiten bestehen aber Unterschiede. Diese betreffen z. B. die Einbindung der Schadensminderung und der Selbsthilfe, die Organisation und Stellung von Suchtfachverbänden, die Durchlässigkeit und Kooperation der verschiedenen Suchthilfebereiche untereinander und mit angrenzenden Bereichen oder die politische Bedeutung der Suchtproblematik. Herausforderungen für alle drei Länder sind die Versorgung von Konsumierenden bzw. Suchtbetroffenen im Justizvollzug, fehlende Angebote für ältere Abhängige oder die Cannabisregulierung, wo eine länderübergreifende Kooperation wertvoll wäre.

Autor °

Titel 19. Legislaturperiode: Fragen und Antworten zur Drogen- und Suchtpolitik der Bundestagsparteien (18. Legislaturperiode) Standort sto
in: Sucht aktuell, Jg. 24(2017), H. 2, S. 5-12

Text

Autor °

Titel "Wie Limonade ...für die gute Laune": Interview mit Dr. Raphael Gaßmann, Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle für Standort sto
Suchtfragen e. V., zur Alkoholpolitik in Deutschland
in: Journal für Gesundheitsförderung, H. 1/2017, S. 58-59

Text

Autor °

Titel 35 Jahre Drogenpolitik Standort sto
Dr. Thomas Kuhlmann im Gespräch mit Dr. Ingo Ilja Michels
in: Suchttherapie, Jg. 18(2017), H. 2, S. 55-56

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor °

Titel "I am not sure if legalization is such a great idea" Standort sto
in: Suchttherapie, Jg. 17(2016), H. 2, S. 53-54

Text Seit Anfang 2014 ist der Besitz und Verkauf von Cannabis im US-Bundesstaat Colorado legal, seit 2015 auch in Alaska und Oregon. Prof. Jens Reimer, Hamburg, sprach mit Prof. George Woody von der University of Pennsylvania in Philadelphia über die Folgen der Legalisierung von Cannabis in den USA. Im Folgenden finden Sie das Gespräch in englischer Sprache.

Autor Adams, Michael; Tobias Effertz

Titel Effective Prevention against Risky Underage Drinking: The Need for Higher Excise Taxes on Alcoholic Beverages in Germany Standort pdf
in: Alcohol & Alcoholism, Vol. 45(2010), No. 4, 387-394
Internet: <http://alcalc.oxfordjournals.org/content/45/4/387.full.pdf+html>, Stand: 12.09.2012

Text Aim: The study aimed to explore the place of taxation in preventing underage binge drinking in Germany.
Method: We reviewed evidence on the role of excise taxes on alcohol in preventing alcohol problems and underage drinking. We analyzed historical German data on tax on alcoholic beverages and compared this with European data, finally calculating tax scenarios and their impact on underage binge drinking.
Results: Germany applies lower taxes than many other European countries and alcohol beverage prices have decreased by 30% relative to overall price levels during the last 40 years.
Conclusion: An optimal tax rate for reducing underage drinking would be set between the European average tax rates and Scandinavian tax rate levels.

Autor Akeret, René

Titel Schadensminderung! Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 40(2014), H. 2, S. 4-7

Text Die heutigen Angebote der Säule Schadensminderung sind ein unverzichtbarer Teil der Viersäulenpolitik der Schweiz und haben in den letzten 20 Jahren viel erreicht. Zahlreiche Organisationen haben sich professionalisiert und ihre Angebote den sich verändernden Konsummustern und Zielgruppen angepasst. In Zeiten des Sparens und des damit verbundenen Legitimationsdrucks muss über die Arbeit, die Lücken und Herausforderungen diskutiert und die Säule Schadensminderung dynamisch weiterentwickelt werden. Es braucht auch in Zukunft Fachleute, die ihre Expertise selbstbewusst aktiv nach aussen kommunizieren, um die wichtige und vielfältige Arbeit im Bereich der Schadensminderung einem breiteren Publikum vertraut zu machen.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Akzept, Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (Hrsg.)	
Titel	4. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2017 Lengerich: Pabst, 2017. - 138 S.	Standort reg
Text	<p>Die vierte Ausgabe des Alternativen Drogen- und Suchtberichts diskutiert auch in diesem Jahr den Reformstau in vielen Bereichen von Drogenhilfe, -prävention und -recht, sowohl im Hinblick auf legale als auch auf illegale Drogen. Die deutsche Drogenpolitik bleibt auch im laufenden Jahr eine ausgesprochen widersprüchliche Angelegenheit: sie wird parteipolitisch eng (über die Drogenbeauftragte der Bundesregierung) geführt, sie ist selektiv in ihrer Schwerpunktwahl, evidenzbasierte Vorschläge von (inter-)nationalen Expert_innen werden nur zu einem geringen Teil umgesetzt (z.B. effektive Alkohol- und Tabakprävention) und sie diskutiert die Folgen der Repression gegenüber Drogenkonsument_innen nicht und tut so, als würde Deutschland ohne sie nicht mehr bestehen können.</p> <p>Und weil es keine Evaluation dieser Drogenpolitik gibt, stellen wir zusammen mit Expert_innen eine Gegenöffentlichkeit her, die der Drogenbeauftragten das Monopol nimmt, einmal im Jahr den Deutschen die (ihre) Wahrheit über das „Drogenproblem“ zu präsentieren.</p>	
Autor	Akzept; Deutsche AIDS-Hilfe; JES (Hrsg.)	
Titel	2. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2015 Lengerich: Pabst, 2015. - 185 S.	Standort reg
Text	<p>Der Alternative Drogen- und Suchtbericht wird von den drei Bundesverbänden akzept e.V. (Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik), Deutsche AIDS-Hilfe und JES (Junkies, Ehemalige und Substituierte) herausgegeben.</p> <p>Er schafft eine konstruktive Gegenöffentlichkeit zu öffentlichen Verlautbarungen der Drogenpolitik der Bundesregierung. Diese Gegenöffentlichkeit ist notwendig geworden, weil die Bundesregierung die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine verbraucherorientierte, wissenschaftlich fundierte oder systematisch erfahrungsbasierte Drogenpolitik nicht schafft. Gesetzlicher Regelungsbedarf besteht auf allen Gebieten, um Jugend- und Verbraucherschutz zu stärken: Verbot für Werbung für Alkoholika und Tabakprodukte, fehlende Regelungsmechanismen bei elektronischen Dampferzeugnissen, Versorgungslücken in der Substitutionsbehandlung, Verbesserung der Heroinverschreibung, Cannabis als Medizin, etc.</p> <p>Die Lücke zwischen dem Wissen über die Wirksamkeit drogenpolitischer Maßnahmen und deren Umsetzung wird immer größer. Wissenschaftliche Erkenntnisse gehen – wenn überhaupt – nur zögerlich in die Drogenpolitik ein.</p> <p>Ziel dieses Alternativen Drogen- und Suchtberichts ist es, den offenkundigen Reformstau in der Drogenpolitik zu thematisieren und Vorschläge für eine Veränderung zu unterbreiten. Die Herausgeber erwarten von der Bundesdrogenpolitik eine verstärkte strategische Steuerung in Drogenfragen auf der Grundlage evidenzbasierten Wissens.</p>	

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 3 von 50

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Amendt, Günter	
Titel	Legalisieren!: Vorträge zur Drogenpolitik / hrsg. von Andreas Loebell Mit einem Nachwort von Wolfgang Nešković Zürich: Rotpunktverlag, 2014. - 248 S. (mit Audio-CD)	Standort reg
Text	Günter Amendt prägte in der Schweiz wie in Deutschland die Drogenpolitik der vergangenen zwanzig Jahre maßgeblich. Seine Stimme fehlt in den heute wieder vermehrt geführten Legalisierungsdebatten.	

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Anderson, Peter

Titel Policy Implications of the WHO Strategy to Reduce the Harmful Use of Alcohol
[Die WHO-Strategie zur Reduktion des schädlichen Alkoholkonsums: Folgerungen für die Alkoholpolitik]
in: Sucht: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Jg. 57(2011), H. 2, S. 85-98

Standort sto

Text Aims: To describe the supporting evidence and policy implications of the 10 target areas of the WHO strategy to reduce the harmful use of alcohol. Methods: Based on published systematic reviews of the literature and publications of the World Health Organization, the supporting evidence and policy implications of the 10 target areas are described. Findings: There is evidence to support action in each of the 10 target areas: leadership, awareness and commitment; health services' response; community action; drink-driving policies; availability of alcohol; marketing of alcoholic beverages; pricing policies; reducing the negative consequences of intoxication; reducing the public health impact of illegal and informal alcohol; and monitoring and surveillance. Conclusions: The following policy measures have the strongest evidence: increasing alcohol taxes; government monopolies for the retail sale of alcohol; restricting the density of outlets and the days and hours of sale; increasing the minimum age of purchase; lowering the legal BAC levels for driving; introducing random breath-testing for driving; implementing widespread brief advice for hazardous and harmful alcohol consumption; and ensuring treatment for alcohol use disorders. There is reasonable evidence to support the introduction of a minimum price per gram of alcohol; restricting the volume of commercial communications; and enforcing the restrictions of sales to intoxicated and under-age people.

Fragestellung: Es werden die Evidenzbasierung und die Folgen für die Politik in den 10 Zielbereichen der WHO Strategie zur Reduzierung des schädlichen Gebrauchs von Alkohol dargestellt.

Methodik: Auswertung von veröffentlichten systematischen Reviews und Publikationen der WHO.

Ergebnisse: Es liegt ausreichend Evidenz vor, um Maßnahmen in folgenden 10 Zielbereichen umzusetzen: Führungsverhalten und Engagement, Bewusstsein in der Öffentlichkeit; öffentliches Gesundheitswesen; Aktivitäten auf kommunaler Ebene; Strategien gegen Trunkenheit am Steuer; Verfügbarkeit von Alkohol; Alkoholwerbung und – marketing; Preispolitik; Vermeidung der negativen Konsequenzen von Alkoholberauschung; Reduzierung der gesundheitlichen Auswirkungen von nicht registriertem Alkohol; sowie Monitoring und Berichterstattung.

Schlussfolgerungen: Die folgenden politischen Maßnahmen weisen die größte Evidenz auf: Erhöhung der Alkoholsteuern; Regierungsmonopol für den Direktverkauf von Alkohol; Beschränkung der Dichte von Verkaufsstellen sowie eine Beschränkung der Öffnungszeiten; Erhöhung des Mindestalters für den Alkoholerwerb; Herabsetzung der Promillegrenzen für Autofahrer; Einführung von Zufalls-Atemtests für Fahrer; Implementierung von breit gestreuten Kurzinformationen zu gefährlichem und schädlichem Konsum von Alkohol; Gewährleistung von Behandlungsangeboten für alkoholbedingten Erkrankungen. Es besteht ausreichend Evidenz, um einen Minimalpreis pro Gramm Alkohol einzuführen; um den Umfang der Alkoholwerbung zu beschränken und um ein Verbot für Alkoholverkäufe an Betrunkene und Minderjährige einzuführen.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Anderson, Peter; Lars Moller; Gauden Galea	
Titel	Alcohol in the European Union: Consumption, harm and policy approaches Copenhagen: WHO World Health Organization, 2012 Internet: http://www.euro.who.int/en/what-we-publish/abstracts/alcohol-in-the-european-union.-consumption,-harm-and-policy-approaches , Stand: 04.11.2012	Standort ho
Text	<p>This new report uses information gathered in 2011 to update key indicators on alcohol consumption, health outcomes and action to reduce harm across the European Union (EU). It gives an overview of the latest research on effective alcohol policies, and includes data from the EU, Norway and Switzerland on alcohol consumption, harm and policy approaches. The data were collected from a 2011 survey, carried out as part of a project of the European Commission and the WHO Regional Office for Europe. The report updates the evidence base for some important areas of alcohol policy, and provides policy-makers and other stakeholders in reducing the harm done to health and society by excessive drinking with useful information to guide future action.</p> <p>Alcohol is one of the world's top three priority areas in public health. Even though only half the global population drinks alcohol, it is the world's third leading cause of ill health and premature death, after low birth weight and unsafe sex. In Europe, alcohol is the third leading risk factor for disease and death after tobacco and high blood pressure.</p>	
Autor	Babor, Thomas (et al.) *	
Titel	Drug Policy and the Public Good New York: Oxford University Press, 2010. - pp. 338	Standort reg
Text		
Autor	Backmund, Markus	
Titel	Zur Stellungnahme der DG-Sucht zur Legalisierungsdebatte des nicht-medizinischen Cannabiskonsums: Mehr Mut zur Legalisierung in: Sucht, Jg. 62(2016), H. 3, S. 174	Standort sto
Text		

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Baden-Württembergischer Landesverband für Prävention und Rehabilitation (Hrsg.)
Titel Lokale Alkoholpolitik: Ein Projekt des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation gGmbH **Standort** reg
Evaluationsbericht einschließlich Handreichung und Materialien für die Durchführung eigener Projekte
Renchen, 2013
Text Eine von der DAK finanzierte Evaluation hat gezeigt, dass Städte und Gemeinden in der Alkoholprävention effektiv und effizient handeln können. Viele Rahmenbedingungen, die dem Alkoholmissbrauch entgegen wirken, können von einer Kommune direkt gesteuert werden. Das Handbuch „Lokale Alkoholpolitik“ fasst die Ergebnisse der Studie zusammen und stellt auf einer CD-Rom alle Unterlagen des Projektes zur Verfügung.

Autor Barsch, Gundula
Titel Zum Einfluss von Regulierungsprozessen auf die Verkehrssicherheit **Standort** sto
Effekte und Side-Effekte einer Cannabisregulierung in den USA: Einblicke aus einem Forschungssemester
in: Blutalkohol, Jg. 55(2018), H. 1(Supplement I), S. 5-18
Text

Autor Bartsch, Gabriele
Titel Suchthilfe in Deutschland **Standort** sto
in: Suchtmagazin, Jg. 43(2017), H. 2/3, S. 5-12
Text Vielfältige Einflüsse haben das heute in Deutschland bestehende Suchthilfesystem geprägt. Beratung und Behandlung orientieren sich am biopsychosozialen Modell und sind qualitativ hochwertig. Wird der Hilfebedarf jedoch komplex, behindern Schnittstellenprobleme eine optimale Versorgung. Auf der suchtpolitischen Seite fehlen zukunftsweisende Strategien, die sich an den Menschenrechten orientieren und Fach- und Sachargumente höher bewerten als Meinungen und Ideologien.

Autor Bartsch, Gabriele; Gaßmann, Raphael
Titel Suchtpolitik - leicht gemacht: Editorial **Standort** sto
in: Sucht: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Jg. 58(2012), H. 4, S. 223-225
Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Baumberger, Petra
Titel Suchtpolitik Schweiz: aus der Vergangenheit lernen Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 39(2013), H. 5, S. 4-10
Text Ein Blick in die Geschichte der Alkohol-, Tabak- und Drogenpolitik zeigt, dass die Suchtpolitik der Schweiz ihren Auftrag bislang bestenfalls teilweise erfüllt hat. Vorliegender Beitrag zeigt auf, wo wir in der Suchtpolitik heute stehen, was aus der Vergangenheit gelernt werden kann, und welche Investitionen jetzt dringend notwendig sind.

Autor Baumberger, Petra; Knocks, Stefanie
Titel Suchthilfe in der Schweiz: gestern, heute und morgen Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 43(2017), H. 2/3, S. 21-27
Text Die Suchthilfe der Schweiz präsentiert sich heute als gut funktionierendes und hochspezialisiertes System. Sie ist aber trotzdem nicht frei von Herausforderungen: Sucht ist in Politik und Öffentlichkeit kein prominentes Thema mehr, Sicherung der Finanzierung der Suchthilfe ist ein wiederkehrendes Thema, und die interdisziplinäre Zusammenarbeit birgt Optimierungspotenzial. Es wird sich zeigen, ob es Politik, Behörden, Fachorganisationen und -verbänden gelingen wird, das System zum Wohl der KlientInnen und PatientInnen weiterzuentwickeln.

Autor Beck, Thilo
Titel Modelle der Marktregulierung in der Suchtpolitik Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 40(2014), H. 6, S. 4-10
Text Die schweizerische Suchtpolitik verfolgt bei der Regulierung von psychoaktiven Substanzen zwei unterschiedliche Ansätze: Alkohol und Tabak werden nach dem Modell der Legalisierung schwach reglementiert, für die Mehrheit der übrigen psychoaktiven Substanzen gilt hingegen ein weitgehendes Verbotsprinzip. Hier setzt die Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik NAS-CPA in der Grundposition "Marktregulierung in der Drogenpolitik" an, in der die möglichen Formen der Marktregulierung beschrieben und auf ihre Nützlichkeit für die Ziele einer erfolgreichen Suchtpolitik geprüft werden. Es ergeben sich in dieser Analyse im Vergleich zum bisherigen Ansatz der Verbotspolitik deutliche Vorteile für die Einführung eines nach rationalen Kriterien reglementierten Marktes legalisierter Substanzen. Anhand von vier Beispielen Tabak, Alkohol, Cannabis und Glücksspiel wird der oft mehr von Tradition, Moral und wirtschaftlichen Interessen als von Zielsetzungen der Prävention oder der Schadenminderung geprägte Prozess der Entwicklung von Regulierungsmodellen in der Schweiz illustriert.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Bell, Andreas	
Titel	Philosophie der Sucht: Medizinethische Leitlinien für den Umgang mit Abhängigkeitskranken Wiesbaden: Springer VS, 2015. - 455 S. [Dissertation]	Standort reg
Text	Aufbauend auf den Erkenntnissen der Pharmakologie, Psychoanalyse und Soziologie entwirft Andreas Bell eine philosophische Anthropologie der Sucht. Aus dem Wissen um die Tiefendimensionen, die allen Suchtformen zugrunde liegen, entwickelt er ethische Leitlinien und Handlungsempfehlungen für Ärzte und Therapeuten, die ihr Handeln vor sich selbst, ihren Patienten und der Gesellschaft rechtfertigen wollen. Kritische Blicke werden auch auf Politik und Selbsthilfe gerichtet. Sucht zu verstehen und Süchtige verantwortbar zu begleiten oder zu behandeln ist das Ziel dieses Buchs.	
Autor	Bernard, Christiane	
Titel	Auswirkungen der Prohibitions politik auf Drogenkonsumierende: Ein Vergleich zwischen Deutschland und den USA unter Berücksichtigung genderspezifischer Aspekte in: Gerlach, Ralf; Stöver, Heino (Hrsg.) Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten - Legalisierung von Drogen Frankfurt am Main: Fachhochschulverlag, 2012 S. 151-165	Standort reg
Text		
Autor	Bröckers, Mathias	
Titel	Die Drogenlüge: Warum Drogenverbote den Terrorismus fördern und Ihrer Gesundheit schaden Frankfurt/Main: Westend, 2010. - 213 S.	Standort reg
Text	1909 brachte eine internationale Opiumkommission das erste Globalisierungsgesetz auf den Weg, das Verbot von Drogen. Ein Jahrhundert später ist dieses Verbot nicht nur sozial- und gesundheitspolitisch gescheitert, sondern unterminiert durch seine Nebenwirkungen die Rechtsordnung und Gesellschaft in vielen Regionen der Welt: Drogengeld ist die Hauptfinanzquelle des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität. Die Kosten des Verbots übertreffen bei weitem die gesellschaftlichen Schäden des Drogenkonsums. Nur ein Ende der Prohibition und die konsequente Legalisierung aller Drogen kann diese Spirale von Schwarzgeld, Gewalt und Terror stoppen.	

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

- | | | | |
|-------|---|----------|-----|
| Autor | Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) | | |
| Titel | Nationales Gesundheitsziel: Tabakkonsum reduzieren
gesundheitsziele.de, Kooperationsverbund zur Weiterentwicklung des nationalen Gesundheitszieleprozesses
Berlin, 2016. - 56 S. | Standort | reg |
| Text | | | |
| Autor | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | | |
| Titel | Für eine neue Drogenpolitik
Berlin, 2013
[Broschüre] | Standort | reg |
| Text | | | |
| Autor | Cattacin, Sandro | | |
| Titel | Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik: Rückblick und Ausblick
in: Suchtmagazin, Jg. 38(2012), H. 2, S. 9-12 | Standort | sto |
| Text | Die Schweizer Drogenpolitik ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich pragmatischer geworden. Die moralische Herausforderung des Leidens in den 1980er Jahren hat dazu beigetragen, innovative Lösungen zu finden und eine wegweisende Politik zu entwickeln, die als Viersäulenpolitik bekannt geworden ist. Doch heute scheint sich die Schweizer Drogenpolitik auf ihre Lorbeeren auszuruhen. Es mangelt an Lösungen für anstehende Probleme, wie die nach wie vor fehlende Regulierung des Cannabiskonsums oder auch die zunehmende multiple Abhängigkeit von verschiedenen Substanzen. | | |
| Autor | Der Paritätische Gesamtverband | | |
| Titel | Ein „Weiter so!“ verbietet sich. Cannabispolitik ändern — Jugend schützen
Paritätisches Positionspapier
Berlin, 2017. - 4 S. | Standort | hoa |
| Text | | | |
| Autor | Deutscher Hanf-Verband | | |
| Titel | Legalisierung von Cannabis: KW 46/2015
Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung - Tabellarische Übersichten
Eine Studie von Infratest dimap im Auftrag des Deutschen Hanfverbandes
Berlin, 2015 | Standort | pdf |
| Text | | | |

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 10 von 50

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Deutscher Hanf-Verband
Titel Legalisierung von Cannabis: Eine Studie von Infratest dimap im Auftrag des Deutschen Hanfverbandes
Berlin, 2015 Standort pdf

Text

Autor Deutsches Krebsforschungszentrum (Hrsg.)
Titel Ökonomische Folgen der EU-Tabakproduktrichtlinie – Hintergrundinformationen zur aktuellen Kampagne der Tabakindustrie.
Heidelberg, 2013
Internet: www.tabakkontrolle.de Standort hoa

Text

Autor Die Drogen- und Suchtkommission beim Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) *
Titel Stellungnahme der Drogen- und Suchtkommission zur Verbesserung der Suchtprävention
Berlin, 2002. - 73 S. Standort reg

Text

Autor Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung (Hrsg.)
Titel Aktionsplan Drogen und Sucht
Berlin, 2003 Standort hoa

Text

Autor Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung
Titel Nationale Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik
Berlin, 2012. - 75 S. Standort reg
Internet: http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/Presse/Downloads/12-02-08_Nationale_Strategie_final_Druckvorlage.pdf, Stand: 21.05.2012

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.)

Titel Drogen- und Suchtbericht: Mai 2012
Berlin, 2012. - 168 S.
Internet: www.drogenbeauftragte.de

Standort reg

Text

Autor Domoslawski, Artur

Titel Drug Policy in Portugal: The Benefits of Decriminalizing Drug Use
Global Drug Policy Program
Warsaw: Open Society Foundations, 2011
Internet: <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/drogenpolitik-portugal-abkehr-repression/>, Zugriff: 14.05.2014

Standort hoa

Text

Autor Domoslawski, Artur

Titel Drogenpolitik in Portugal: Die Vorteile einer Entkriminalisierung des Drogenkonsums
Weltweites Drogenpolitikprogramm
Warschau: Open Society Foundations, 2011. - 36 S.
[Deutsche Übersetzung]
Internet: <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/drogenpolitik-portugal-abkehr-repression/>, Zugriff: 14.05.2014

Standort hoa

Text

Autor Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.)

Titel Moderne Drogen- und Suchtpolitik: Der Mensch im Mittelpunkt
Berlin, 2010. - 29 S.

Standort reg

Text

Autor Drucksache 16/3424

Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Ulrike Höfken und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wirksamkeit von Maßnahmen zur Reduzierung des Alkoholkonsums
15.11.2006

Standort sto

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Drucksache 16/9966
Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Detlef Parr ...
- Drucksache 16/9842 -
Nationale Aktionsprogramme zur Alkohol- und Tabakprävention der Bundesregierung
14.07.2008
Standort pdf

Text

Autor Drucksache 17/12414
Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Lisa Paus, Katja Dörner, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 17/12272 -
Ausgaben für Tabakprävention bei Kindern und Jugendlichen
20.02.2013
Standort hoa

Text

Autor Drucksache 17/13011
Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Bärbel Bas, Elke Ferner,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
- Drucksache 17/12917 -
Politik der Bundesregierung im Bereich der Alkoholsucht und des Komatrinkens
10.04.2013
Standort sto
Internet: <http://www.bundestag.de/dokumente/drucksachen/index.html>, Zugriff: 18.04.2013

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Drucksache 17/1451

Titel Kleine Anfrage der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Bärbel Bas, Iris Gleicke, Elke Ferner, Dr. Edgar Franke, Ute Kumpf, Dr. Karl Lauterbach, Steffen-Claudio Lemme, Caren Marks, Hilde Mattheis, Thomas Oppermann, Mechthild Rawert; Dr. Carola Reimann, Ewald Schurer, Dr. Marlies Volkmer; Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung 21.04.2010 Standort pdf

Text Sucht ist eine Krankheit, die nicht von heute auf morgen überwunden werden kann. Sucht ist zudem weit verbreitet: 1,3 Millionen Menschen gelten in Deutschland als alkoholabhängig. 9,5 Millionen Menschen in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Jedes Jahr sterben in Deutschland über 70 000 Menschen an den Folgen ihres Alkoholmissbrauchs. Zwar ist der regelmäßige Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen in den vergangenen Jahren zeitweise gesunken, gleichzeitig nimmt aber die Häufigkeit von Trinkexzessen von Kindern und Jugendlichen zu. Zwar konnte in den letzten Jahren bei Kindern und Jugendlichen ein Trendwechsel zum Nichtrauchen erreicht werden, doch auch die Nikotinabhängigkeit bleibt ein großes Problem. In Deutschland sind zudem schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Millionen Menschen medikamentenabhängig, davon 70 Prozent Frauen. Computer- und Onlinesucht sind neuere Phänomene, die unterschiedliche Gegenmaßnahmen erfordern. Damit möglichst viele Betroffene den Ausstieg aus der Sucht schaffen, müssen wir ihnen unter den bestmöglichen Bedingungen Hilfen anbieten.

Die neue Bundesregierung kann auf die umfangreiche Vorarbeit der vorherigen Bundesregierung sowie der bisherigen Drogenbeauftragten der Bundesregierung Sabine Bätzing (SPD) aufbauen. Neben erfolgreichen Maßnahmen wie der stufenweisen Anhebung der Tabaksteuern, dem Abgabeverbot an Minderjährige, der Einführung des Chipkartensystems für alle Zigarettenautomaten, den gesetzlichen Beschränkungen der Tabakwerbung und des -sponsoring sowie der Einführung der Rauchverbote in öffentlichen Einrichtungen, im öffentlichen Personenverkehr und in der Gastronomie hatte die bisherige Drogenbeauftragte auch Vorschläge für nationale Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention vorgelegt. Die Kleine Anfrage dient dazu, über die künftige Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung zu informieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass an den bewährten vier Säulen der Sucht- und Drogenpolitik – Prävention – Beratung, Behandlung und Rehabilitation – Überlebenshilfe und Schadensreduzierung – Regulierung und Angebotsreduzierung – festgehalten werden muss (bitte mit Begründung)?

a) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Prävention, und wann sollen diese starten?

b) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Beratung, Behandlung und Rehabilitation, und wann sollen diese starten?

c) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Überlebenshilfe und Schadensreduzierung, und wann sollen diese starten?

d) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Regulierung und Angebotsreduzierung, und wann sollen diese starten?

2. Inwiefern plant die Bundesregierung die Umsetzung der – vom Suchtrat empfohlenen – Nationalen Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention (bitte mit Begründung)?

a) Welche der in den Nationalen Aktionsprogrammen vorgeschlagenen Maßnahmen sollen konkret durch gesetzgeberische Maßnahmen in Form von Gesetzen oder Rechtsverordnungen umgesetzt werden, und wie?

b) Welchen Zeitplan gibt es jeweils für die in den Nationalen Aktionsprogrammen umzusetzenden Maßnahmen?

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 14 von 50

- c) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Förderung der Tabakentwöhnung?
- d) Liegt die Koordination der nationalen Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung sowie die Zuständigkeit für die Ausarbeitung und Abstimmung der Vorhaben für die Nationalen Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention weiterhin bei der Drogenbeauftragten der Bundesregierung (falls nicht, bitte mit Begründung)?
- e) Wird das Gremium des Drogen- und Suchtrats von der Bundesregierung weiterhin unterstützt und dessen Expertise in die Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung einfließen?
3. Wird der Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung fortgeführt?
Wenn ja, in welcher Form bzw. welchem Turnus?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Häufigkeit, Ausprägung sowie die Entwicklung in den letzten Jahren von Sucht im Alter? Welche neuen Forschungsvorhaben sind in diesem Bereich geplant, und wann starten diese?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation von Suchterkrankten im Alter, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um eine verbesserte Datenlage für die über 64-Jährigen zu erzielen?
6. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Suchtprävention für suchtgefährdete Migrantinnen und Migranten, und wann starten diese?
7. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche, und wann starten diese?
8. Welchen Stellenwert und welche finanziellen Förderungen sollen Selbsthilfeeorganisationen und ihre Verbände im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik erhalten?
9. Welche finanziellen Mittel soll die gesundheitliche Prävention im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik erhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung diese finanzielle Ausstattung?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten für Tabak und Alkohol? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung Verkaufsverbote für Alkohol an Tankstellen, Kiosken und Supermärkten zwischen 22.00 Uhr und 5.00 Uhr? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von bildlichen Warnhinweisen auf Verpackungen bei Tabak und Alkohol? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Tabak und Alkohol? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
14. Welche Studien plant die Bundesregierung in den Bereichen Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten von Drogen und Suchtmitteln, Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Drogen und Suchtmittel sowie Wirksamkeit bildlicher Warnhinweise?
15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Erfahrungen anderer Länder für die Bereiche Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten von Drogen und Suchtmitteln, Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Drogen und Suchtmittel sowie Wirksamkeit bildlicher Warnhinweise?
16. Wie stellen sich die Alkohol- sowie Tabakpreise sowie die Besteuerung von Alkohol und Tabak in Deutschland im Vergleich mit dem europäischen Ausland dar?
17. Wirbt die Bundesregierung gegenüber den Ländern für ein Werbe- und Sponsoringverbot für Alkohol in Hörfunk und Fernsehen vor 20 Uhr, und

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

welche Ziele verfolgt sie in diesem Themenfeld (bitte mit Begründung)?

18. Plant die Bundesregierung eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung, um den Nichtraucherchutz zu verbessern?

Wenn nein, welche geeigneten Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um Nichtraucher besser zu schützen (bitte mit Begründung)?

19. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen von Drogenkonsum auf die Arbeitsleistung, Qualität und Produktivität der Arbeit, und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Datenlage und der Forschung plant sie?

20. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Sucht- und Drogenprävention in den Betrieben zu stärken und zu verbessern?

21. Welche Möglichkeiten sieht und unterstützt die Bundesregierung, Betriebe darin zu unterstützen, sucht- und drogenkranke Beschäftigte zu stabilisieren und möglichst zu entwöhnen?

22. Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen in den Ländern im Bereich des Nichtraucherbeschutzes und die tatsächliche Einhaltung und Überwachung dieser Regelungen in den einzelnen Ländern?

23. Wie findet im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Ländern statt?

24. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Ausmaß und Ausprägung des illegalen Zigarettenhandels?

25. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich des illegalen Zigarettenhandels, und wann starten diese?

26. Unterstützt die Bundesregierung die Durchführung eines Monitorings für Alkoholwerbung (bitte mit Begründung)?

27. Unterstützt die Bundesregierung die Senkung der Promillegrenzen für Autofahrer (bitte mit Begründung)?

28. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Testkäufen durch Jugendliche zur Überprüfung der Jugendschutzbestimmungen vor Ort? Inwiefern und gegebenenfalls wann plant die Bundesregierung in diesem Bereich rechtliche Änderungen, und inwieweit wird dabei rechtlichen Bedenken gegen den Einsatz jugendlicher Testkäufer Rechnung getragen?

29. Plant die Bundesregierung härtere Strafen gegen Händler, die Alkohol an Minderjährige verkaufen?

Falls ja, wann, und wie soll dies umgesetzt werden (falls nein, bitte mit Begründung)?

30. Plant die Bundesregierung eine Ausweispflicht für junge Alkoholkäufer?

Falls ja, wann, und wie soll dies umgesetzt werden (falls nein, bitte mit Begründung)?

31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Suchtgefahr durch Medikamente und die Folgen von Medikamentenabhängigkeit, und welche Maßnahmen will sie dagegen wann ergreifen?

32. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Häufigkeit, Ausprägung sowie die Entwicklung in den letzten Jahren von Medikamentenabhängigkeit?

Welche neuen Forschungsvorhaben sind in diesem Bereich geplant, und wann starten diese?

33. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Medikamentenabhängigkeit, und wann starten diese?

Inwiefern werden diese Maßnahmen Gender Mainstreaming berücksichtigen und Akteure wie die Alten- und Pflegeheime, Krankenkassen, Ärzte, Apotheken, Pharmaindustrie, Heilbäder und Kurorte sowie die Selbsthilfe einbeziehen?

34. Welche Nachfolgeprojekte zum Aktionsplan des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) 2008/2009 zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) plant die Bundesregierung, und wann starten diese?

35. Wie beurteilt die Bundesregierung die Suchtgefahr durch Online- und Computerspiele, insbesondere für Kinder und Jugendliche?

36. Wird die Bundesregierung die Forschung für die Bereiche Online- und Computerspielsucht ausbauen, und wann startet dies (bitte mit Begründung)?

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 16 von 50

37. Inwieweit sieht die Bundesregierung eine mögliche Gefahr der Online- und Computerspielsucht für Kinder und Jugendliche, und welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung daraus ab (bitte mit Begründung)?
38. Wie sieht der Zeitplan für den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigten Nationalen Aktionsplan im Bereich des Jugendschutzes aus?
Welche Maßnahmen zur Suchtprävention soll der Aktionsplan beinhalten?
39. In welchem Rahmen wird die Bundesregierung die Webpräsenz „Schau hin! Was Deine Kinder machen.“ weiterhin unterstützen, bekannter machen und gegebenenfalls weiterentwickeln?
40. In welchem Rahmen wird die Bundesregierung die Webpräsenz „Ein Netz für Kinder“, das u. a. die Software für einen sicheren Surfraum für Kinder anbietet, weiterhin unterstützen, bekannter machen und gegebenenfalls weiterentwickeln?
41. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Glücksspielsucht, und wann starten diese?
42. Inwieweit geht nach Ansicht der Bundesregierung eine Gefahr von Glücksspielen im Internet für Erwachsene, aber insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, aus, und inwieweit wird hier gesetzgeberischer Handlungsbedarf gesehen?
43. Wie bewertet die Bundesregierung die Substitutionsbehandlung mit Methadon sowie die Substitutionsbehandlung mit Diamorphin für Schwerstabhängige?
Plant die Bundesregierung in diesem Bereich gesetzliche Veränderungen?
44. Wie beurteilt die Bundesregierung Cannabis in der medizinischen Verwendung zur Schmerzlinderung?
Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
45. Plant die Bundesregierung, Cannabis in der medizinischen Verwendung zur Schmerzlinderung zuzulassen (bitte mit Begründung)?
46. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der illegalen Drogen, und wann werden diese umgesetzt?

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Drucksache 17/1652

Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Angelika Graf (Rosenheim), Bärbel Bas, Iris Gleicke, Standort pdf
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
- Drucksache 17/1451 -
Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung
07.05.2010

Text Sucht ist eine Krankheit, die nicht von heute auf morgen überwunden werden kann. Sucht ist zudem weit verbreitet: 1,3 Millionen Menschen gelten in Deutschland als alkoholabhängig. 9,5 Millionen Menschen in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Jedes Jahr sterben in Deutschland über 70 000 Menschen an den Folgen ihres Alkoholmissbrauchs. Zwar ist der regelmäßige Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen in den vergangenen Jahren zeitweise gesunken, gleichzeitig nimmt aber die Häufigkeit von Trinkexzessen von Kindern und Jugendlichen zu. Zwar konnte in den letzten Jahren bei Kindern und Jugendlichen ein Trendwechsel zum Nichtrauchen erreicht werden, doch auch die Nikotinabhängigkeit bleibt ein großes Problem. In Deutschland sind zudem schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Millionen Menschen medikamentenabhängig, davon 70 Prozent Frauen. Computer- und Onlinesucht sind neuere Phänomene, die unterschiedliche Gegenmaßnahmen erfordern. Damit möglichst viele Betroffene den Ausstieg aus der Sucht schaffen, müssen wir ihnen unter den bestmöglichen Bedingungen Hilfen anbieten.

Die neue Bundesregierung kann auf die umfangreiche Vorarbeit der vorherigen Bundesregierung sowie der bisherigen Drogenbeauftragten der Bundesregierung Sabine Bätzing (SPD) aufbauen. Neben erfolgreichen Maßnahmen wie der stufenweisen Anhebung der Tabaksteuern, dem Abgabeverbot an Minderjährige, der Einführung des Chipkartensystems für alle Zigarettenautomaten, den gesetzlichen Beschränkungen der Tabakwerbung und des -sponsoring sowie der Einführung der Rauchverbote in öffentlichen Einrichtungen, im öffentlichen Personenverkehr und in der Gastronomie hatte die bisherige Drogenbeauftragte auch Vorschläge für nationale Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention vorgelegt. Die Kleine Anfrage dient dazu, über die künftige Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung zu informieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass an den bewährten vier Säulen der Sucht- und Drogenpolitik – Prävention – Beratung, Behandlung und Rehabilitation – Überlebenshilfe und Schadensreduzierung – Regulierung und Angebotsreduzierung – festgehalten werden muss (bitte mit Begründung)?

a) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Prävention, und wann sollen diese starten?

b) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Beratung, Behandlung und Rehabilitation, und wann sollen diese starten?

c) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Überlebenshilfe und Schadensreduzierung, und wann sollen diese starten?

d) Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Regulierung und Angebotsreduzierung, und wann sollen diese starten?

2. Inwiefern plant die Bundesregierung die Umsetzung der – vom Suchtrat empfohlenen – Nationalen Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention (bitte mit Begründung)?

a) Welche der in den Nationalen Aktionsprogrammen vorgeschlagenen Maßnahmen sollen konkret durch gesetzgeberische Maßnahmen in Form von Gesetzen oder Rechtsverordnungen umgesetzt werden, und wie?

b) Welchen Zeitplan gibt es jeweils für die in den Nationalen Aktionsprogrammen umzusetzenden Maßnahmen?

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 18 von 50

- c) Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Förderung der Tabakentwöhnung?
- d) Liegt die Koordination der nationalen Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung sowie die Zuständigkeit für die Ausarbeitung und Abstimmung der Vorhaben für die Nationalen Aktionsprogramme zur Tabak- und Alkoholprävention weiterhin bei der Drogenbeauftragten der Bundesregierung (falls nicht, bitte mit Begründung)?
- e) Wird das Gremium des Drogen- und Suchtrats von der Bundesregierung weiterhin unterstützt und dessen Expertise in die Drogen- und Suchtpolitik der Bundesregierung einfließen?
3. Wird der Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung fortgeführt?
Wenn ja, in welcher Form bzw. welchem Turnus?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Häufigkeit, Ausprägung sowie die Entwicklung in den letzten Jahren von Sucht im Alter? Welche neuen Forschungsvorhaben sind in diesem Bereich geplant, und wann starten diese?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation von Suchterkrankten im Alter, und welche Maßnahmen will sie ergreifen, um eine verbesserte Datenlage für die über 64-Jährigen zu erzielen?
6. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Suchtprävention für suchtgefährdete Migrantinnen und Migranten, und wann starten diese?
7. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche, und wann starten diese?
8. Welchen Stellenwert und welche finanziellen Förderungen sollen Selbsthilfeeorganisationen und ihre Verbände im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik erhalten?
9. Welche finanziellen Mittel soll die gesundheitliche Prävention im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik erhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung diese finanzielle Ausstattung?
10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten für Tabak und Alkohol? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung Verkaufsverbote für Alkohol an Tankstellen, Kiosken und Supermärkten zwischen 22.00 Uhr und 5.00 Uhr? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von bildlichen Warnhinweisen auf Verpackungen bei Tabak und Alkohol? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
13. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Tabak und Alkohol? Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
14. Welche Studien plant die Bundesregierung in den Bereichen Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten von Drogen und Suchtmitteln, Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Drogen und Suchtmittel sowie Wirksamkeit bildlicher Warnhinweise?
15. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Erfahrungen anderer Länder für die Bereiche Wirksamkeit von Werbe- und Sponsoringverboten von Drogen und Suchtmitteln, Wirksamkeit von Steuererhöhungen für Drogen und Suchtmittel sowie Wirksamkeit bildlicher Warnhinweise?
16. Wie stellen sich die Alkohol- sowie Tabakpreise sowie die Besteuerung von Alkohol und Tabak in Deutschland im Vergleich mit dem europäischen Ausland dar?
17. Wirbt die Bundesregierung gegenüber den Ländern für ein Werbe- und Sponsoringverbot für Alkohol in Hörfunk und Fernsehen vor 20 Uhr, und

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

welche Ziele verfolgt sie in diesem Themenfeld (bitte mit Begründung)?

18. Plant die Bundesregierung eine Änderung der Arbeitsstättenverordnung, um den Nichtrauchererschutz zu verbessern?

Wenn nein, welche geeigneten Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um Nichtraucher besser zu schützen (bitte mit Begründung)?

19. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen von Drogenkonsum auf die Arbeitsleistung, Qualität und Produktivität der Arbeit, und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Datenlage und der Forschung plant sie?

20. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die Sucht- und Drogenprävention in den Betrieben zu stärken und zu verbessern?

21. Welche Möglichkeiten sieht und unterstützt die Bundesregierung, Betriebe darin zu unterstützen, sucht- und drogenkranke Beschäftigte zu stabilisieren und möglichst zu entwöhnen?

22. Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen in den Ländern im Bereich des Nichtrauchererschutzes und die tatsächliche Einhaltung und Überwachung dieser Regelungen in den einzelnen Ländern?

23. Wie findet im Bereich der Drogen- und Suchtpolitik die Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und den Ländern statt?

24. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Ausmaß und Ausprägung des illegalen Zigarettenhandels?

25. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich des illegalen Zigarettenhandels, und wann starten diese?

26. Unterstützt die Bundesregierung die Durchführung eines Monitorings für Alkoholwerbung (bitte mit Begründung)?

27. Unterstützt die Bundesregierung die Senkung der Promillegrenzen für Autofahrer (bitte mit Begründung)?

28. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit von Testkäufen durch Jugendliche zur Überprüfung der Jugendschutzbestimmungen vor Ort ? Inwiefern und gegebenenfalls wann plant die Bundesregierung in diesem Bereich rechtliche Änderungen, und inwieweit wird dabei rechtlichen Bedenken gegen den Einsatz jugendlicher Testkäufer Rechnung getragen?

29. Plant die Bundesregierung härtere Strafen gegen Händler, die Alkohol an Minderjährige verkaufen?

Falls ja, wann, und wie soll dies umgesetzt werden (falls nein, bitte mit Begründung)?

30. Plant die Bundesregierung eine Ausweispflicht für junge Alkoholkäufer?

Falls ja, wann, und wie soll dies umgesetzt werden (falls nein, bitte mit Begründung)?

31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Suchtgefahr durch Medikamente und die Folgen von Medikamentenabhängigkeit, und welche Maßnahmen will sie dagegen wann ergreifen?

32. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Häufigkeit, Ausprägung sowie die Entwicklung in den letzten Jahren von Medikamentenabhängigkeit?

Welche neuen Forschungsvorhaben sind in diesem Bereich geplant, und wann starten diese?

33. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Prävention und Bekämpfung von Medikamentenabhängigkeit, und wann starten diese?

Inwiefern werden diese Maßnahmen Gender Mainstreaming berücksichtigen und Akteure wie die Alten- und Pflegeheime, Krankenkassen, Ärzte, Apotheken, Pharmaindustrie, Heilbäder und Kurorte sowie die Selbsthilfe einbeziehen?

34. Welche Nachfolgeprojekte zum Aktionsplan des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) 2008/2009 zur Verbesserung der Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) plant die Bundesregierung, und wann starten diese?

35. Wie beurteilt die Bundesregierung die Suchtgefahr durch Online- und Computerspiele, insbesondere für Kinder und Jugendliche?

36. Wird die Bundesregierung die Forschung für die Bereiche Online- und Computerspielsucht ausbauen, und wann startet dies (bitte mit Begründung)?

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 20 von 50

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

37. Inwieweit sieht die Bundesregierung eine mögliche Gefahr der Online- und Computerspielsucht für Kinder und Jugendliche, und welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf leitet die Bundesregierung daraus ab (bitte mit Begründung)?
38. Wie sieht der Zeitplan für den im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigten Nationalen Aktionsplan im Bereich des Jugendschutzes aus?
Welche Maßnahmen zur Suchtprävention soll der Aktionsplan beinhalten?
39. In welchem Rahmen wird die Bundesregierung die Webpräsenz „Schau hin! Was Deine Kinder machen.“ weiterhin unterstützen, bekannter machen und gegebenenfalls weiterentwickeln?
40. In welchem Rahmen wird die Bundesregierung die Webpräsenz „Ein Netz für Kinder“, das u. a. die Software für einen sicheren Surfraum für Kinder anbietet, weiterhin unterstützen, bekannter machen und gegebenenfalls weiterentwickeln?
41. Welche neuen Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der Glücksspielsucht, und wann starten diese?
42. Inwieweit geht nach Ansicht der Bundesregierung eine Gefahr von Glücksspielen im Internet für Erwachsene, aber insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, aus, und inwieweit wird hier gesetzgeberischer Handlungsbedarf gesehen?
43. Wie bewertet die Bundesregierung die Substitutionsbehandlung mit Methadon sowie die Substitutionsbehandlung mit Diamorphin für Schwerstabhängige?
Plant die Bundesregierung in diesem Bereich gesetzliche Veränderungen?
44. Wie beurteilt die Bundesregierung Cannabis in der medizinischen Verwendung zur Schmerzlinderung?
Basiert diese Einschätzung auf einer wissenschaftlichen Grundlage, und wenn ja, welcher?
45. Plant die Bundesregierung, Cannabis in der medizinischen Verwendung zur Schmerzlinderung zuzulassen (bitte mit Begründung)?
46. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Bereich der illegalen Drogen, und wann werden diese umgesetzt?

Autor Drucksache 17/7911

Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Tempel, Jan Korte, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 17/7627 -
Erwünschte und unbeabsichtigte Folgen des geltenden Drogenstrafrechts
25.11.2011
Internet: <http://www.bundestag.de/dokumente/drucksachen/index.html>, Zugriff: 18.04.2013

Standort sto

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Drucksache 17/9706
Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Birgitt Bender, Maria Klein-Schmeink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
- Drucksache 17/9492 -
Ziele und Umsetzung der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik
21.05.2012
Internet: <http://www.bundestag.de/dokumente/drucksachen/index.html>, Zugriff: 18.04.2013

Standort sto

Text

Autor Drucksache 18/13211
Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frank Tempel, Ulla Jelpke, Kersten Steinke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 18/13106 -
Regulierung und Prävention bei Alkohol
31.07.2017

Standort hoa

Text

Autor Drucksache 18/725
Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Maria Klein-Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 18/555 -
Drogenpolitik der Bundesregierung und Aufgaben der Drogenbeauftragten
06.03.2014

Standort hoa

Text

Autor Drucksache 18/8601
Titel Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Beate Walter-Rosenheimer, Maria Klein-Schmeink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/8465 –
Alkoholprävention in Deutschland
31.05.2016

Standort hoa

Text

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 22 von 50

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Effertz, Tobias	
Titel	Eine ökonomische Perspektive auf wirksame Suchtprävention in: Suchtmagazin, Jg. 41(2015), H. 4, S. 22-26	Standort sto
Text	Gefährlicher, die Gesundheit schädigender Konsum und Suchterkrankungen belasten die Gesellschaft jährlich mit Milliardenbeträgen. Trotzdem werden seitens der Gesundheitspolitik kaum wirksame Präventionsmaßnahmen systematisch durchgeführt. Aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften lässt sich die mit dem Glauben an ein grundsätzlich vernünftiges, die Konsumrisiken genau abschätzendes Individuum erklären. Dies greift zu kurz. Prävention muss auch die gut dokumentierten Verhaltensanomalien von Konsumierenden miteinbeziehen und so einen Maßnahmenmix bereitstellen, der in der Lage ist, das Problem wirksam zu reduzieren.	
Autor	Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) *	
Titel	Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik: Ein Rückblick auf dreissig Jahre Schweizer Drogenpolitik, 1981 - 2011 Zürich: Seismo, 2012. - 155 S.	Standort reg
Text	Welche Drogenpolitik soll die Schweiz verfolgen? Diese Frage stellte sich auf dramatische Weise in den 1980er Jahren, als sich Menschen auf dem Platzspitz mit HIV/Aids infizierten. Mehr Repression war die erste hilflose Antwort bis sich eingesellschaftlicher Konsens herausbildete, der auf einer liberalen Haltung beruhte. Mit der Viersäulenpolitik Prävention, Therapie, Schadensminderung sowie Repression - wurde ein erfolgreiches Modell eingeführt, das später in vielen europäischen Städten Anwendung fand. Die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) hat diese Politik geprägt und begleitet, aber auch weiterentwickelt. Dieses Buch blickt auf diesen Prozess und die Rolle der EKDF als Ideenschmiede der Drogenpolitik zurück. Verschiedene Autorinnen und Autoren, die an der Ausarbeitung der Drogenpolitik beteiligt und in der Kommission tätig waren, aber auch die Kommissionsarbeit konstruktiv begleiteten, berichten über diese intensiven dreissig Jahre und stellen sich auch zukunftsgerichtet soziologische, politologische, ethische und juristische Fragen zu diesem sehr spezifischen schweizerischen Weg. Die Drogenpolitik der Schweiz wird kritisch beleuchtet und wegweisend weitergedacht.	
Autor	Eisenbach-Stangl, Irmgard	
Titel	Comparing European Alcohol Policies: What to Compare? Vienna: European Centre for Social Welfare Policy and Research, 2011 Policy Brief June 2011(2) Internet: http://www.euro.centre.org/detail.php?xml_id=1926 , Stand: 16.06.2011	Standort hoa
Text	During the last decades alcohol consumption in many European countries has changed remarkably. To quote two prominent examples: in 1955 per capita consumption of pure alcohol in Finland was less than 2 litres and one of the lowest in Europe and far below that of Italy, which with 12 litres was on top of European alcohol consumption. But during the following decades where consumption increased during the same time. A related development could be observed in the neighbouring countries: decreasing consumption in the traditionally "wet" countries in the South where wine is grown, increasing consumption in the "dry" countries in the North with a tradition of occasional spirit intoxication. Consumption in Central Europe remained comparatively stable. How is this inconsistent development to be understood? What are the factors behind the patchy change?	

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 23 von 50

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Eisenbach-Stangl, Irmgard; Arno Pilgram; Christine Reindl

Titel Wiener Drogenpolitik 1970 bis 2005: Außen- und Innenansichten Standort hoa
Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, 2008
(Policy Brief)
Internet: http://www.euro.centre.org/data/1219825777_72212.pdf

Text Die internationale Drogenpolitik hat sich in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts grundlegend verändert: Ihr Schwerpunkt verlagerte sich von der Kontrolle des Angebots auf die Kontrolle der Nachfrage. Die Kontrolle der Nachfrage wurde als Kontrolle der Sucht konzipiert, ein Problem, das man in der individuellen Psyche verortete. Das drogenpolitische Instrumentarium wurde entsprechend ergänzt und ausgeweitet: Auf der einen Seite wurden die sozial ausschließenden, strafrechtlich-"repressiven" Maßnahmen nun auch auf individuelle DrogengebraucherInnen ausgerichtet, zum anderen kamen neue Maßnahmen hinzu: In der "Einheitskonvention" von 1961 werden erstmals "Früherkennung, Behandlung, Aufklärung, Nachbehandlung und soziale Wiedereingliederung" als drogenpolitische Maßnahmen genannt. Durch die Einbeziehung dieser "integrativen" oder auch: "assimilativen" Maßnahmen wurden neben der nationalen erstmals auch die regionale Politikebene angesprochen, die in den meisten europäischen Ländern - und so auch in Österreich - für Gesundheit, Sozialhilfe und Bildung zuständig ist. Ob und wenn ja, wie die lokale Politik in Drogenangelegenheiten aktiv wird und wie sich ihr Zusammenspiel mit der nationalen Politik gestaltet, variiert von Region zu Region.

Autor Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht

Titel Europäischer Drogenbericht 2013: Trends und Entwicklungen Standort reg
Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2013. - 74 S.

Text

Autor Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz, Freiheit und Sicherheit (Hrsg.) *

Titel EU-Drogenaktionsplan 2009-2012 Standort reg
(2008/C326/09)
Brüssel, 2008
Amtsblatt: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:326:0007:0025:DE:PDF>

Autor Europäische Union

Titel EU-Drogenstrategie (2013-2010) Standort hoa
(2012/C 402/01)
Brüssel, 2012

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor European Commission, Directorate-General Justice, Freedom and Security (Ed.) *

Titel The Final Evaluation of the EU Drugs Action Plan 2005-2008
Brussels, 2009

Standort reg

Text

Autor Flasche, Ulrich et al.

Titel Für eine zeitgemäße Suchtpolitik
in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, Jg. 65(2014), H. 1, S. 50-54

Standort sto

Text

Autor Flöter, Stephanie; Pfeiffer-Gerschel, Tim

Titel Ökonomische Auswirkungen der Prohibition
in: Gerlach, Ralf; Stöver, Heino (Hrsg.)
Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten - Legalisierung von Drogen
Frankfurt am Main: Fachhochschulverlag, 2012
S. 33-48

Standort reg

Text

Autor Foster, Simon; Gmel, Gerhard; Mohler-Kuo, Meichun

Titel Alkoholpräventionsgesetze wirken
in: Suchtmagazin, Jg. 41(2015), H. 6, S. 16-19

Standort sto

Text Übermäßiger Alkoholkonsum ist bei Jugendlicher und jungen Erwachsenen einer der größten Risikofaktoren für Gesundheitsbeeinträchtigungen und verfrühte Todesfälle. Gesetzgebungen im Bereich der Alkoholprävention sind ein sinnvolles Instrument, um dieser Gesundheitsgefährdung vorzubeugen. Für gewissen Hochrisikogruppen braucht es jedoch zusätzliche Präventionsansätze, welche auf die problematischen Personenmerkmale in diesen Gruppen zugeschnitten sind.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Gallo, Giulio

Titel Alkoholkonsum und alkoholbedingte Probleme in der EU

Standort reg

in: Akzept, Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (Hrsg.)

5. Internationale Konferenz zu Alkohol und Harm Reduction (Schadensminderung): Fachhochschule Frankfurt am Main, 7. und 8. März 2013

Berlin, 2014

S. 11-20

Text

Autor Gaßmann, Raphael; Bartsch, Gabriele

Titel Alkoholpolitik - Stillstand auf niedrigem Niveau

Standort reg

in: Akzept, Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik; Deutsche AIDS-Hilfe; JES Bundesverband (Hrsg.)

Alternativer Sucht- und Drogenbericht 2014

1. Ausgabe

Berlin, 2014

S. 8-10

Text

Autor Gerlach, Ralf; Stöver, Heino (Hrsg.)

Titel Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten - Legalisierung von Drogen

Standort reg

Frankfurt am Main: Fachhochschulverlag, 2012. - 308 S.

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Grund, Jean-Paul; Breeksma, Joost	
Titel	Coffee Shops and Compromise: Separated Illicit Drug Markets in the Netherlands New York: Open Society Foundations, 2013 Internet: https://www.opensocietyfoundations.org/reports/coffee-shops-and-compromise-separated-illicit-drug-markets-netherlands , Zugriff: 27.01.2016	Standort hoa
Text	<p>Drug policies that are based on human rights and promote public health are a priority for the Open Society Foundations. Our efforts focus on promoting collaboration and expanding the range of stakeholders committed to drug policy reform, empowering drug users to advocate for their rights at the national and international level and supporting research into the economic and social costs of current drug policies.</p> <p>Coffee Shops and Compromise: Separated Illicit Drug Markets in the Netherlands is the fourth in a series of publications by the Open Society Foundations' Global Drug Policy Program that documents positive examples of drug policy reform around the world. We hope these case studies will inspire policymakers and advocates in consultation with people who use drugs and others affected by drug policy to design rights-centered policies that are scientifically sound and humane.</p> <p>The drug policy of the Netherlands—famous for coffee shops where cannabis can be purchased and consumed—exemplifies good decision-making in many ways and has had many successful outcomes. These include low prevalence of HIV among people who use drugs, negligible incidence of heroin use, lower cannabis use among young people than in many stricter countries, and a citizenry that has generally been spared the burden of criminal records for low-level, non-violent drug offenses. Coffee Shops and Compromise explains how these results have been accomplished.</p> <p>In addition to drug policy reform, the Open Society Foundations work around the world to advance health, rights and equality, education and youth, governance and accountability, and media and arts. We seek to build vibrant and tolerant democracies whose governments are accountable to their citizens.</p>	
Autor	Hagen, Ruth	
Titel	Internationale Alkoholpolitik - die Strategien der WHO und der EU in: Suchtmagazin, Jg. 37(2011), H. 1, S. 12-16	Standort sto
Text	<p>Innerhalb der letzten fünf Jahre entwickelten und veröffentlichten sowohl die EU als auch die WHO umfassende alkoholpolitische Strategiepapiere. Diese stützen sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu den negativen Folgen des Alkoholkonsums als auch zu effektiven Präventionsmassnahmen und stellen somit wichtige alkoholpolitische Meilensteine dar. Insbesondere die richtungsweisende WHO-Strategie würde sich bestens als Orientierungshilfe für die schweizerische Alkoholpolitik eignen.</p>	

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Hanewinkel, Reiner
Titel Alkoholregulierungen im Vergleich Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 42(2016), H. 4, S. 35-37
Text Suchtpolitische Massnahmen können einerseits auf die Reduzierung der Nachfrage nach dem «Kulturgut» Alkohol, andererseits aber auch auf die Reduzierung des Angebots alkoholischer Getränke abzielen. Zentrale Elemente einer evidenzbasierten Alkoholkontrollpolitik umfassen Regelungen zur Verringerung der Verfügbarkeit, Erhöhung des Preises, Werbeeinschränkungen sowie Aufklärung der Bevölkerung. Eine strikte Alkoholkontrollpolitik ist mit einem verringerten Konsum in der Bevölkerung assoziiert, welcher eine Reduktion gesundheitsbezogener Risiken des Alkoholkonsums nach sich ziehen kann. Der wesentliche Gegenspieler ist die international tätige Alkoholindustrie, die in erster Linie ihren Aktionären und nicht dem Allgemeinwohl verpflichtet ist.

Autor Hanewinkel, Reiner
Titel Prävention: gut gemeint, gut gemacht, gut gemessen? Standort pdf
DHS-Fachkonferenz vom 19. - 21. November 2012 in Leipzig zum Thema: "Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand"
Internet: <http://www.dhs.de/dhs-veranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html>, Zugriff: 27.03.2013

Text

Autor Havemann-Reinecke, U. et al.
Titel Zur Legalisierungsdebatte des nichtmedizinischen Cannabiskonsums: DGPPN-Positionspapier Standort sto
in: Der Nervenarzt, Jg. 88(2017), H. 3, S. 291-297
Text Zurzeit werden vermehrt Forderungen nach einer Legalisierung von Cannabis laut. Einige Juristen, verschiedene Politiker und Parteien sowie Verbände fordern ein Umdenken in der Drogenpolitik. Die Debatte um die Legalisierung wird lebhaft geführt und von den Medien breit aufgenommen. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) nimmt aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht Stellung zu den wichtigsten Fragen: Kann Cannabiskonsum psychische Erkrankungen auslösen? Welche Folgen hätte eine Legalisierung für das medizinische Versorgungssystem? Wo besteht Forschungsbedarf?

Autor Havemann-Reinecke, Ursula
Titel Zur Legalisierungsdebatte von Cannabis zum Freizeitkonsum und in der Medizin aus biologischer, pharmakologischer und Standort sto
psychiatrischer Sicht
in: Blutalkohol, Jg. 55(2018), H. 1(Supplement I), S. 19-29

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Holzer, Tillmann

Titel Geschichte der Prohibition

Standort reg

in: Gerlach, Ralf; Stöver, Heino (Hrsg.)

Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten - Legalisierung von Drogen

Frankfurt am Main: Fachhochschulverlag, 2012

S. 15-31

Text

Autor Jazbinsek, Dietmar

Titel Freihandelsabkommen und Tabakkontrolle - eine Zwischenbilanz

Standort reg

in: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.)

Jahrbuch Sucht 2016

Lengerich: Pabst, 2016

S. 217-230

Text

Das internationale Handels- und Investitionsrecht ist für die Vermarktungsstrategien global agierender Zigarettenhersteller von entscheidender Bedeutung. In den 1980er Jahren haben sich US-amerikanische Tabakkonzerne auf das GATT-Abkommen und andere Verträge berufen, um den Abbau von Zollschränken in Ländern wie Japan, Südkorea und Thailand zu erzwingen. Diese Exportoffensive hat in den südostasiatischen Absatzgebieten zu einem Anstieg der tabakbedingten Morbidität und Mortalität geführt. Im Jahr 2010 hat der Marlboro-Produzent Philip Morris damit begonnen, nationale Gesundheitsgesetze zu „nichttarifären Handelshemmnissen“ zu deklarieren und sie juristisch anzugreifen. Das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP, das derzeit zwischen der EU und den USA ausgehandelt wird, würde der Tabakindustrie zusätzliche Möglichkeiten zur Einflussnahme auf den Gesetzgebungsprozess eröffnen. So ist im Zuge der „regulatorischen Kooperation“ beabsichtigt, ausländische Investoren frühzeitig über jedes Gesetzesvorhaben zu informieren, das ihre Gewinnerwartungen beeinträchtigen könnte. Das im Oktober 2015 abgeschlossene transpazifische Freihandelsabkommen enthält eine Ausnahmeklausel für Tabakprodukte, damit Zigarettenkonzerne nicht vor privaten Schiedsgerichten gegen Maßnahmen zur Tabakkontrolle klagen können. In Brüssel dagegen arbeiten Lobbyisten aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden darauf hin, dass der Tabakindustrie im Rahmen von TTIP dieselben juristischen Privilegien zugestanden werden wie allen anderen Branchen auch. Rechtsexperten rechnen für diesen Fall mit einem „regulatory chill“, d.h. die Gesetze zum Schutz vor den Gefahren des Aktiv- und Passivrauchens werden auf dem aktuellen Stand „eingefroren“, weil der Gesetzgeber befürchten muss, bei weitergehenden Regulierungen mit Schadensersatzklagen überzogen zu werden. Für Deutschland wäre dies besonders gravierend, weil hier bisher nur wenige Maßnahmen umgesetzt wurden, die in der WHO-Konvention zur Tabakkontrolle enthalten sind.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

- | | | |
|-------|---|--------------|
| Autor | Jesse, Marco; Köthner, Urs | |
| Titel | Was wäre, wenn man Drogen nicht verbieten würde?
in: Akzept; Deutsche AIDS-Hilfe; JES (Hrsg.)
2. Alternativer Drogen-und Suchtbericht 2015
Lengerich: Pabst, 2015
S. 86-92 | Standort reg |
| Text | Wenn über eine Reform der Drogenpolitik geredet wird, erleben wir häufig eine Schlacht der Bilder und Emotionen. Es werden Ängste geschürt und Horrorszenarien an die Wand gemalt was der Gesellschaft drohen würde, wenn Drogen nicht mehr verboten wären. Bestehen diese Befürchtungen zu Recht? Dieser Frage gehen die beiden Autoren insbesondere aus der Perspektive der Drogengebraucher_innen und der Drogenhilfe in diesem Artikel nach und versuchen aufzuzeigen, dass in einem grundsätzlichen Wandel der Drogenpolitik mehr Chancen und Möglichkeiten stecken als Risiken. | |
| Autor | Killias, Martin et al. | |
| Titel | Drogenpolitik und Cannabismarkt Schweiz
in: Suchtmagazin, Jg. 36(2010), H. 6, S. 30-32 | Standort sto |
| Text | Wie beeinflusst die Drogenpolitik den Cannabismarkt? Daten aus Untersuchungen zur Entwicklung in der Schweiz in den Jahren 2000 bis 2009 zeigen, dass eine stärkere repressive Politik die Preise erhöht und wohl auch die Menge des Cannabiskonsums beeinflusst. Umgekehrt kam es nicht zu einer Vermischung der Märkte verschiedener Substanzen. | |
| Autor | Kleim, Michael | |
| Titel | Fünf Schritte zum Einstieg in eine rationale Drogenpolitik
in: Akzept; Deutsche AIDS-Hilfe; JES (Hrsg.)
3. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2016
Lengerich: Pabst, 2016
S. 88-93 | Standort reg |
| Text | Der Artikel benennt konkrete Schritte, die von der Politik zeitnah umgesetzt werden können, um zu einer rationalen Drogenpolitik zu gelangen. Die Maßnahmen werden mit bereits bestehenden europäischen oder außereuropäischen Erfahrungen in Beziehung gesetzt. | |

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Köppert, Valentin

Titel Alkoholverbotsverordnungen in der Rechtspraxis: Eine Untersuchung über die rechtliche Zulässigkeit gefahrenabwehrrechtlicher Verordnungen zur Einschränkung oder zum Verbot des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit unter besonderer Berücksichtigung des polizeilichen Gefahrenbegriffs
Baden-Baden: Nomos, 2011. - 277 S.
(Augsburger Rechtsstudien; 65) Standort reg

Text Der Autor beschäftigt sich umfassend mit der Möglichkeit, Verordnungen zum Verbot oder zur Beschränkung des Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit zu erlassen. Die verschiedenen Varianten von Verordnungen werden zur Übersichtlichkeit in drei Kategorien eingeordnet. Ausgehend von den notwendigen allgemeinen rechtswissenschaftlichen Grundlagen werden unter Berücksichtigung der (jüngsten) Rechtsprechung und der Diskussion im Schrifttum die Möglichkeiten und Grenzen des Erlasses von Alkoholverbotsverordnungen unter allen Gesichtspunkten untersucht. Vervollständigt wird das Werk unter anderem durch die Erläuterung eines mehrstufigen Vorgehens, mit dem eine rechtssichere Grundlage für den Erlass von Alkoholverbotsverordnungen geschaffen werden kann.

Autor Kraus, L.; S. Müller; A. Pabst

Titel Alkoholpolitik Standort sto
in: Suchttherapie: Prävention, Behandlung, wissenschaftliche Grundlagen, Jg. 9(2008), H. 3, S. 103-110

Text Anliegen: Die Notwendigkeit einer evidenzbasierten Alkoholpolitik ergibt sich aus der hohen Prävalenz alkoholbezogener akuter und sozialer negativer Folgen sowie der hohen Morbidität und Mortalität. Dieser Beitrag setzt sich mit den Möglichkeiten deutscher Alkoholpolitik, der Effektivität der konkreten alkoholpolitischen Maßnahmen und ihrer Umsetzung auseinander.
Ergebnisse: Die Effektivitätsbeurteilung alkoholpolitischer Maßnahmen und ihre Umsetzung zeigen, dass eine evidenzbasierte Alkoholpolitik in Deutschland möglich ist. Effektiv sind insbesondere diejenigen verhältnispräventiven Maßnahmen, die die Verfügbarkeit von Alkohol einschränken und die Nachfrage nach Alkohol verringern.
Schlussfolgerung: Im Rahmen einer evidenzbasierten Alkoholpolitik sollten die Implementierung und Umsetzung verhältnispräventiver Maßnahmen vermehrt im Vordergrund stehen.

Autor Kull, Barbara; Inauen, Luzia

Titel Nationale Alkoholpolitik: Rückblick und Ausblick Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 43(2017), H. 4, S. 18-21

Text Einen für sich selbst und für die Gesellschaft schadlosen Alkoholkonsum – diese Vision verfolgte das Nationale Programm Alkohol (NPA), das von 2008 bis 2016 umgesetzt wurde. Im Rahmen der gesundheitspolitischen Agenda Gesundheit2020 überführte der Bundesrat das NPA in die neuen Strategien Sucht und Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (NCD). Gemeinsam mit den Akteuren der Alkoholprävention wird die Arbeit des NPA weitergeführt mit dem Ziel, die Kompetenzen der Menschen im Umgang mit Alkohol zu stärken und den Alkoholmissbrauch einzudämmen. Denn Alkoholmissbrauch betrifft alle – und von einer wirkungsvollen Prävention profitiert die ganze Gesellschaft.

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 31 von 50

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Kümmeler, Petra; Sven Jünger; Ludwig Kraus		
Titel	Vergleich der Alkoholpolitik in Europa: Länderbericht Deutschland München, 2000. - 45 S. (IFT-Berichte; 112)	Standort	reg
Text			
Autor	Laging, Marion		
Titel	Lokale Alkoholpolitik in drei Gemeinden Baden-Württembergs: Ergebnisse einer qualitativen Begleitforschung in: Prävention: Zeitschrift für Gesundheitsförderung, Jg. 36(2013), H. 1, S. 22-25	Standort	sto
Text	Hintergrund und Ziel: Lokale Alkoholpolitik als eine Sonderform kommunaler Alkoholprävention wird in zunehmenden Maße in Deutschland umgesetzt. Drei Projekte der Lokalen Alkoholpolitik aus Baden-Württemberg wurden durch eine qualitative Begleitforschung untersucht, um Aussagen hinsichtlich Machbarkeit und Wirksamkeit zu erhalten und um Hinweise für die konzeptuelle Weiterentwicklung zu erlangen. Methoden: Mittels Dokumentenanalysen und Interviews wurden drei Projekte der Lokalen Alkoholprävention von April 2009 bis September 2011 durch die Begleitforschung untersucht. Ergebnisse: Die Ergebnisse zeigen die Durchführbarkeit in unterschiedlichen Kommunen und Projektwirkungen vor allem auf der Ebene der entwickelten Netzwerkstrukturen. Schlussfolgerungen: Projekte der Lokalen Alkoholpolitik sollen weiter vorangetrieben werden, zahlreiche Hinweise zur Erweiterung und Spezifizierung des vorliegenden Konzeptes werden aus den beobachteten Erfahrungen entwickelt.		
Autor	Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Koordinationsstelle Sucht (Hrsg.)		
Titel	Stadt - Land - Alkohol: Leitfaden für eine erfolgreiche lokale Alkoholpolitik Münster, 2013. - 48 S (Materialien; M8)	Standort	reg
Text	Missbräuchlicher Alkoholkonsum und seine negativen Folgen geraten immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Trotz vielfältiger Bemühungen stiegen die Zahlen der Krankenhausaufnahmen, Gewalttaten und Sachschäden im Kontext Alkohol deutlich an. Häufig wurde dieser Trend mit Kindern und Jugendlichen in Verbindung gebracht, er betrifft aber im gleichen Umfang auch die Welt der Erwachsenen. Bei dem Projekt Lokale Alkoholpolitik geht es darum, die verschiedenen lokalen Maßnahmen und Aktivitäten zu verbinden und gegebenenfalls zu ergänzen, um gezielter und übergreifender das Thema missbräuchlicher Alkoholkonsum mit seinen Folgen für eine Kommune anzugehen. Dabei muss das Rad nicht neu erfunden werden! Best Practice-Beispiele aus dem In- und Ausland sollen dabei unterstützen. Die Anpassung an die jeweiligen kommunalen Rahmenbedingungen muss natürlich geleistet werden. Die Broschüre Stadt, Land, Alkohol soll Ihnen Anregungen zum Handeln geben, mit dem Ziel die positive Seite des Alkoholkonsums zu bewahren – aber entschieden etwas gegen die Nebenwirkungen zu unternehmen.		

* Präsenzbestand

Mittwoch, 31. Januar 2018

Seite 32 von 50

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Landtag von Baden-Württemberg
Titel Mitteilung der Landesregierung
Evaluation der Regelungen zum Alkoholverkaufsverbot
Drucksache 15/3666
19.06.2013
Standort hoa

Text

Autor Legnaro, Aldo
Titel Vier Säulen der Ratlosigkeit? Zur Drogenpolitik in der späten Moderne
DHS-Fachkonferenz vom 19. - 21. November 2012 in Leipzig zum Thema: "Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand"
Internet: <http://www.dhs.de/dhs-veranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html>, Zugriff: 27.03.2013
Standort pdf

Text

Autor Linde, Francois van der
Titel Schadensminderung: Kernstück einer rationalen Drogenpolitik
DHS-Fachkonferenz vom 19. - 21. November 2012 in Leipzig zum Thema: "Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand"
Internet: <http://www.dhs.de/dhs-veranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html>, Zugriff: 27.03.2013
Standort pdf

Text

Autor Marcus, Jan; Siedler, Thomas
Titel Reducing binge drinking?: The effect of a ban on late-night off-premise alcohol sales on alcohol-related hospital stays in Germany
Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2015. - 61 S.
Internet: http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.494877.de, Zugriff: 29.09.2015
Standort hoa

Text Excessive alcohol consumption among young people is a major public health concern. On March 1, 2010, the German state of Baden-Württemberg banned the sale of alcoholic beverages between 10pm and 5am at off-premise outlets (e.g., gas stations, kiosks, supermarkets). We use rich monthly administrative data from a 70 percent random sample of all hospitalizations during the years 2007-2011 in Germany in order to evaluate the short-term impact of this policy on alcohol-related hospitalizations. Applying difference-in-differences methods, we find that the policy change reduces alcohol-related hospitalizations among adolescents and young adults by about seven percent. There is also evidence of a decrease in the number of hospitalizations due to violent assault as a result of the ban.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Marthaler, Marc

Titel Selbstregulierung der Alkoholindustrie Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 42(2016), H. 4, S. 38-40

Text Alkoholmarketing ist eine heikle Sache, denn hier stehen wirtschaftliche Interessen mit immensen Profitmöglichkeiten gesundheitspolitischen Interessen diametral gegenüber. Das Selbstregulierungsversprechen der Industrie stellt eine versöhnliche Lösung in Aussicht. Aber wird dieses Versprechen auch eingelöst? Ein Blick auf die Funktionsweise der Selbstregulierung und auf Forschungsarbeiten zur Wirksamkeit derselben zeigt, dass dies sehr zweifelhaft ist und die öffentliche Gesundheit durch ökonomische Interessen und mit subtilen Methoden in den Hintergrund gedrängt wird.

Autor Marugg, Michael

Titel Kinderrechte in der Suchtpolitik Standort sto
in: Suchtmagazin, Jg. 38(2012), H. 5, S. 16-19

Text Die Kinderrechtskonvention weist den Weg zu einer menschenrechtlich gestützten Suchtpolitik. Sie reicht für Kinder und Jugendliche weiter als Jugendschutz und abstinenorientierte Prävention und muss konsumierenden Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Schadensminderungen und allen geeigneten Therapieformen offen halten. Ausschließlich an Minderjährige gerichtete Konsumverbote wie Minimal Legal Drinking Ages widersprechen der Kinderrechtskonvention.

Autor Meier, P.S. et al.

Titel Estimated effects of different alcohol taxation and price policies on health inequalities: A mathematical modelling study Standort hoa
PLoS Med 13(2): e1001963. doi:10.1371/journal.pmed.1001963

Text Introduction: While evidence that alcohol pricing policies reduce alcohol-related health harm is robust, and alcohol taxation increases are a WHO “best buy” intervention, there is a lack of research comparing the scale and distribution across society of health impacts arising from alternative tax and price policy options. The aim of this study is to test whether four common alcohol taxation and pricing strategies differ in their impact on health inequalities.

Methods and Findings: An econometric epidemiological model was built with England 2014/2015 as the setting. Four pricing strategies implemented on top of the current tax were equalised to give the same 4.3% population-wide reduction in total alcohol-related mortality: current tax increase, a 13.4% all-product duty increase under the current UK system; a value-based tax, a 4.0% ad valorem tax based on product price; a strength-based tax, a volumetric tax of £0.22 per UK alcohol unit (= 8 g of ethanol); and minimum unit pricing, a minimum price threshold of £0.50 per unit, below which alcohol cannot be sold. Model inputs were calculated by combining data from representative household surveys on alcohol purchasing and consumption, administrative and healthcare data on 43 alcohol-attributable diseases, and published price elasticities and relative risk functions.

Outcomes were annual per capita consumption, consumer spending, and alcohol-related deaths. Uncertainty was assessed via partial probabilistic sensitivity analysis (PSA) and scenario analysis. The pricing strategies differ as to how effects are distributed across the population, and, from a public health perspective, heavy drinkers in routine/manual occupations are a key group as they are at greatest risk of health harm from their drinking.

Strength-based taxation and minimum unit pricing would have greater effects on mortality among drinkers in routine/manual occupations (particularly for heavy drinkers, where the estimated policy effects on mortality rates are as follows: current tax increase, -3.2%; value-based tax, -2.9%; strength-based tax, -6.1%; minimum unit pricing, -7.8%) and lesser impacts among drinkers in professional/managerial occupations (for heavy drinkers: current tax increase, -1.3%; value-based tax, -1.4%; strength-based tax, +0.2%; minimum unit pricing, +0.8%). Results from the PSA give slightly greater mean effects for both the routine/manual (current tax increase, -3.6% [95% uncertainty interval (UI) -6.1%, -0.6%]; value-based tax, -3.3% [UI -5.1%, -1.7%]; strength-based tax, -7.5% [UI -13.7%, -3.9%]; minimum unit pricing, -10.3% [UI -10.3%, -7.0%]) and professional/managerial occupation groups (current tax increase,

-1.8% [UI -4.7%, +1.6%]; value-based tax, -1.9% [UI -3.6%, +0.4%]; strength-based tax, -0.8% [UI -6.9%, +4.0%]; minimum unit pricing, -0.7% [UI -5.6%, +3.6%]). Impacts of price changes on moderate drinkers were small regardless of income or socio-economic group. Analysis of uncertainty shows that the relative effectiveness of the four policies is fairly stable, although uncertainty in the absolute scale of effects exists. Volumetric taxation and minimum unit pricing consistently outperform increasing the current tax or adding an ad valorem tax in terms of reducing mortality among the heaviest drinkers and reducing alcohol-related health inequalities (e.g., in the routine/manual occupation group, volumetric taxation reduces deaths more than increasing the current tax in 26 out of 30 probabilistic runs, minimum unit pricing reduces deaths more than volumetric tax in 21 out of 30 runs, and minimum unit pricing reduces deaths more than increasing the current tax in 30 out of 30 runs). Study limitations include reducing model complexity by not considering a largely ineffective ban on below-tax alcohol sales, special duty rates covering only small shares of the market, and the impact of tax fraud or retailer non-compliance with minimum unit prices.

Conclusions: Our model estimates that, compared to tax increases under the current system or introducing taxation based on product value, alcohol-content-based taxation or minimum unit pricing would lead to larger reductions in health inequalities across income groups. We also estimate that

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

alcohol-content-based taxation and minimum unit pricing would have the largest impact on harmful drinking, with minimal effects on those drinking in moderation.

Autor Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

Titel Landeskonzept gegen Sucht Nordrhein-Westfalen: Grundsätze/Strategie/Handlungsrahmen
Düsseldorf, (2012). - 52 S.

Standort hoa

Internet: <http://www.mgepa.nrw.de/ministerium/presse/pressemitteilungsarchiv/pm2012/pm20120927/index.php>, Zugriff: 17.09.2013

Text

Autor Plenert, Maximilian

Titel Die Rolle der Internationalen Verträge, nationale Handlungsoptionen und die Entkriminalisierung in Portugal
in: Akzept, Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik; Deutsche AIDS-Hilfe; JES
Bundesverband (Hrsg.)

Standort reg

Alternativer Sucht- und Drogenbericht 2014
1. Ausgabe
Berlin, 2014
S. 182-183

Text

Autor Plenert, Maximilian

Titel Zum Primat der Repression in der Drogenpolitik
in: Akzept, Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik; Deutsche AIDS-Hilfe; JES
Bundesverband (Hrsg.)

Standort reg

Alternativer Sucht- und Drogenbericht 2014
1. Ausgabe
Berlin, 2014
S. 153-156

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Plenert, Maximilian; Werse, Bernd

Titel Für eine verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis

Standort reg

in: Akzept, Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik; Deutsche AIDS-Hilfe; JES Bundesverband (Hrsg.)

Alternativer Sucht- und Drogenbericht 2014

1. Ausgabe

Berlin, 2014

S. 119-124

Text

Autor Pollähne, H.

Titel Cannabis-Legalisierung: Rechtliche und justizielle Konsequenzen

Standort sto

in: Suchttherapie, Jg. 17(2016), H. 2, S. 77-80

Text Die Prohibition von Cannabis schafft deutlich mehr individuelle und soziale Probleme, als sie zu lösen imstande wäre. Eine potentielle Legalisierung des Umgangs mit Cannabis sollte über die (zweifelloos überfällige) materielle Entkriminalisierung hinausgehen: Anstelle der Prohibition bedarf es eines staatlich kontrollierten und regulierten Marktes. Die rechtlichen und justiziellen Konsequenzen einer solchen Legalisierung werden im Text dargestellt. Die Vorteile eines legalen, regulierten und kontrollierbaren Marktes würden mögliche Nachteile überwiegen. Mit dem Schwarzmarkt sind zu lange zu negative Erfahrungen gemacht worden.

Autor Raiser, Peter; Kreider, Christine

Titel Illegale Drogen: Positionen in der Debatte um eine Cannabis-Freigabe zum nicht-medizinischen Gebrauch

Standort reg

in: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (Hrsg.)

Jahrbuch Sucht 2016

Lengerich: Pabst, 2016

S. 108-125

Text Zur Thematik des nicht-medizinischen Cannabisgebrauchs und seiner rechtlichen Handhabe haben sich in Deutschland in den vergangenen Monaten und Jahren zahlreiche Verbände und Organisationen geäußert. Auch die Bundespolitik hat sich mehrfach mit der Thematik befasst und sich mit öffentlichen Äußerungen, Diskussionsbeiträgen, Anhörungen und Anträgen der Debatte angenommen. Von Medien und Öffentlichkeit werden diese Diskussionen stets aufmerksam verfolgt. Vereinzelt drängten auch Initiativen aus der Bevölkerung die Politik mittels Petitionen dazu, das Thema auf die Agenda zu setzen. Dieser Beitrag bietet eine Übersicht der zuletzt aus Politik und Gesellschaft geäußerten Positionen in der Debatte um eine Cannabis-Freigabe zum nicht-medizinischen Gebrauch. Es wird ausdrücklich kein Bezug auf die Diskussion um therapeutische Nutzungen genommen, die leicht einen eigenen Beitrag füllen würden. Leider wird diese Abgrenzung von zahlreichen Akteuren in ihrer Argumentation nur unzureichend eingehalten, wodurch es der Diskussion zuweilen an Trennschärfe fehlt.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Rehm, Jürgen		
Titel	Die Globale Strategie zur Reduktion schädlichen Alkoholkonsums: Ein erster Schritt zu einer "Rahmenkonvention Alkohol" der WHO-Mitgliedsstaaten? Editorial zum Themenschwerpunkt in: Sucht: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Jg. 57(2011), H. 2, S. 81-83	Standort	sto
Text			
Autor	Reimer, Jens; Vertheim, Uwe; Kalke, Jens		
Titel	Zur Stellungnahme der DG-Sucht zur Legalisierungsdebatte des nicht-medizinischen Cannabiskonsums: Ein Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis ist geboten in: Sucht, Jg. 62(2016), H. 3, S. 175-176	Standort	sto
Text			
Autor	Reuband, Karl-Heinz		
Titel	Einstellungen der Bundesbürger zum Cannabisgebrauch und zur Cannabislegalisierung: Ein Langzeitvergleich bundesweiter Bevölkerungsumfragen, 1982-2014 in: Soziale Probleme, Jg. 26(2015), H. 1, S. 29-45	Standort	sto
Text	Untersucht werden die Einstellungen zur Legalisierung von Cannabis, die Bewertung von Haschisch als abweichendes Verhalten sowie die Wahrnehmung gesundheitlicher und psychischer Risiken des Cannabisgebrauchs in der deutschen Bevölkerung in den Jahren 1982 bis 2014. Grundlage sind bundesweite face-to-face und telefonische Befragungen der Bevölkerung der alten Bundesländer, 18 Jahre und älter. Die Befürwortung einer Legalisierung von Cannabis ist gestiegen, bleibt aber hinter den entsprechenden Werten der USA zurück. Nur eine Minderheit spricht sich für eine Legalisierung aus. Die Wahrnehmung von Risiken des Probier- und des regelmäßigen Konsums von Haschisch bleibt im Zeitverlauf weitgehend konstant. Die Bewertung als schwere Form abweichenden Verhaltens, gemessen am Urteil, ein Haschischkonsum sei „sehr schlimm“, hat sich erheblich reduziert. Ob man sich für eine Legalisierung ausspricht oder nicht, wird zu Beginn der 1980er Jahre in maßgeblicher Weise von der Deliktbewertung bestimmt, in neuerer Zeit von der Risikowahrnehmung. Die Beurteilung gründet sich offenbar vermehrt auf rationale Erwägungen statt auf traditionelle, moralisch gefärbte Maßstäbe.		
Autor	Rumpf, Hans-Jürgen et al.		
Titel	Stellungnahme zur Legalisierungsdebatte des nicht-medizinischen Cannabiskonsums: Positionspapier (beschlossen vom Vorstand der DG-Sucht am 09.07.2015) in: Sucht, Jg. 62(2016), H. 3, S. 163-166	Standort	sto
Text			

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

- | | | |
|-------|---|--------------|
| Autor | Schaller, K.; Pötschke-Langer, M. | |
| Titel | Tabakkontrolle in Deutschland und weltweit
in: Der Pneumologe, Jg. 9(2012), H. 3, Leitthema: Bedeutung und Prävention tabakassoziierter Krankheiten, S. 197-202 | Standort reg |
| Text | Der Tabakkonsum ist die führende vermeidbare Ursache für Morbidität und Mortalität. Für die Senkung des Tabakkonsums stehen mehrere evidenzbasierte Maßnahmen wie Tabaksteuererhöhungen, Nichtraucherchutz, Informationskampagnen für die Bevölkerung, umfassende Tabakwerbeverbote, Warnhinweise und Tabakentwöhnungsangebote zur Verfügung. Weltweit werden zwar immer mehr dieser Maßnahmen umgesetzt, doch noch nicht in ausreichendem Umfang. Auch in Deutschland wurden in den letzten Jahren verschiedene Maßnahmen zur Verringerung des Tabakkonsums ergriffen, doch im europäischen Vergleich belegt Deutschland in der Tabakkontrolle derzeit einen der hinteren Plätze. Weitere und konsequentere Maßnahmen, zu denen auch die Ärzteschaft einen Beitrag leisten kann, sind notwendig. | |
| Autor | Schaub, Michael | |
| Titel | Wenn der Staat mit Cannabis handelt
in: Suchtmagazin, Jg. 36(2010), H. 6, S. 25-29 | Standort sto |
| Text | Die Cannabispolitik ist in vielen Staaten gescheitert. Ein Vergleich zwischen verschiedenen Ländern und eine Public-Health-Perspektive können Rat bieten, wo die Entwicklung einer kohärenten Politik bisher gescheitert ist. Eine kontrollierte Cannabisabgabe und ein spezifischeres Ordnungsbußenmodell sind erfolgsversprechende Wege, die genauer untersucht werden wollen. Hier könnte drogenpolitisch eine internationale Vorreiterrolle wahrgenommen werden. | |
| Autor | Schlieckau, Jürgen | |
| Titel | Kompendium der deutschen Alkoholpolitik: Zum Schutz unserer Kinder und Jugendlichen brauchen wir eine wirksame Verhältnisprävention
Hamburg: Disserta-Verl., 2015. - 853 S. | Standort reg |
| Text | Der Autor stellt in diesem Kompendium den aktuellen Gesamtzusammenhang der Alkoholkontrollpolitik in Deutschland dar und will damit zum besseren Verständnis der Alkoholpolitik beitragen. Er informiert den Leser über den Forschungsstand zur Alkoholprävention, vorliegende Alkohol-Aktionspläne und Effektivität und Umsetzungsgrad von Maßnahmen zur Alkoholprävention.
Hauptprobleme von Public Health, bezogen auf Alkohol, sind der hohe durchschnittliche Pro-Kopf-Konsum und das Rauschtrinken, das nicht allein von Jugendlichen, sondern von Menschen aus allen Altersschichten betrieben wird. Gleichzeitig werden in Deutschland nur wenige mittel- bis hochevidenzbasierte Maßnahmen der Verhältnisprävention und Gesundheitsförderung umgesetzt. Dazu trägt die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Droge Alkohol bei. In der Alkoholpolitik geht es um ein komplexes Zusammenspiel vieler Akteure und Prozesse in verschiedenen Politik-Ressorts auf unterschiedlichen Politikebenen. Der Blick muss daher von der individuumszentrierten auf die bevölkerungsbezogene Perspektive gelenkt werden. Gefragt sind Einsicht in die Notwendigkeit wirksamen politischen Handelns und politischer Gestaltungswille. | |

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Schneider, Wiebke
Titel Zur Stellungnahme der DG-Sucht zur Legalisierungsdebatte des nicht-medizinischen Cannabiskonsums: ...wieder und wieder und wieder...
in: Sucht, Jg. 62(2016), H. 3, S. 173
Standort sto

Text

Autor Sell, Stefan
Titel Architektur und Mathematik - die vier Säulen ökonomisch betrachtet
DHS-Fachkonferenz vom 19. - 21. November 2012 in Leipzig zum Thema: "Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand"
Internet: <http://www.dhs.de/dhs-veranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html>, Zugriff: 27.03.2013
Standort pdf

Text

Autor Simon, Roland
Titel Repression - Eine Säule zu viel?
DHS-Fachkonferenz vom 19. - 21. November 2012 in Leipzig zum Thema: "Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand"
Internet: <http://www.dhs.de/dhs-veranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html>, Zugriff: 05.04.2013
Standort pdf

Text

Autor Simon, Roland
Titel Zur Stellungnahme der DG-Sucht zur Legalisierungsdebatte des nicht-medizinischen Cannabiskonsums: "Ein bisschen mehr Mut und Optimismus wären gut!"
in: Sucht, Jg. 62(2016), H. 3, S. 176-177
Standort sto

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Simon, Roland	
Titel	Prohibition, Legalisierung, Dekriminalisierung: Diskussion einer Neugestaltung des Cannabisrechts in: Sucht: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Jg. 62(2016), H. 1, S. 43-50	Standort sto
Text	<p>Zielsetzung: Neue Entwicklungen innerhalb und außerhalb Europas haben die Diskussion um den legalen Status von Cannabis intensiviert. Der Artikel beschreibt die wichtigsten Aspekte der Diskussion und Ansätze zur Weiterentwicklung des Cannabisrechts.</p> <p>Darstellung der Diskussions- und Lösungsansätze: Ein zentraler Punkt betrifft dabei das Konsumrisiko, das von manchen Wissenschaftlern ebenso wie von Teilen vor allem der jungen Bevölkerung zunehmend mit dem von Alkohol verglichen wird. Dies und die insgesamt hohe Verfügbarkeit von Cannabis tragen zu einer abnehmenden Unterstützung der Prohibition bei. Auch Organisierte Kriminalität im Drogenmarkt und das vermehrte Angebot an synthetischen Cannabinoiden sind hierbei wichtige Aspekte. Pragmatische Lösungsansätze nutzen etwa in den Niederlanden und in einigen US Bundesstaaten Unklarheiten im vorhanden Recht und rechtliche Besonderheiten, um, ohne den Gesetzestext zu ändern, de facto einer Legalisierung so nahe wie möglich zu kommen. Initiativen zur Selbsthilfe zielen darauf ab, individuelle Duldung von Cannabiskonsum in Richtung genossenschaftlicher Produktionsweisen zu erweitern. Schließlich werden Regulierungsmöglichkeiten zwischen Staatsmonopol und freiem Markt mit dem Ziel diskutiert, negative Folgen für Konsumenten und Nichtkonsumenten zu minimieren.</p> <p>Schlussfolgerungen: Die Erfahrungen aus den aktuellen Initiativen in den USA und Südamerika werden wichtige Hinweise für die zukünftige Gestaltung des Cannabisrechts in Europa geben.</p>	

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Simon, Roland; Hughes, Brendan

Titel Cannabis und Drogenrecht in Europa: Gesetzeslage, Umsetzung und aktuelle Diskussionen zur Weiterentwicklung Standort sto
in: Sucht aktuell, Jg. 22(2015), H. 1, S. 18-26

Text R. Simon und B. Hughes widmen sich dem Thema „Cannabis und Drogenrecht in Europa“. Sie gehen dabei auf die aktuelle Gesetzeslage, Umsetzung und aktuelle Diskussion zur Weiterentwicklung dieser Thematik ein. Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Substanz in Europa. Die politische Debatte um Cannabis ist zwar weniger ideologisch geworden, jedoch gibt es hierzu immer noch unterschiedliche Bewertungen unter Fachleuten wie auch in den europäischen Ländern. Zunehmend werden jedoch die Konsumenten immer weniger als Kriminelle, sondern als möglicherweise hilfebedürftige Menschen betrachtet. Dies führt in mehreren Ländern zu einer Fokussierung der strafrechtlichen Aktivität auf den Drogenhandel, während der Besitz von Cannabis zum Eigenkonsum eher nachrangig verfolgt wird. Aktuelle Entwicklungen in Nord- und Südamerika haben das Thema nun erneut auf die Tagesordnung gebracht. Im Weiteren gehen die Autoren auf das Drogenrecht in Europa ein und stellen fest, dass sich die nationalen Rechtssysteme in Systematik und Grundsätzen erheblich unterscheiden. So sind beispielsweise Haftstrafen für Cannabisdelikte nicht in allen Ländern vorgesehen, solange es um Konsumdelikte geht. Bei Delikten, welche die Produktion und den Handel mit Drogen betreffen, ist der Spielraum möglicher Strafen sehr groß und unterscheidet sich in einzelnen Ländern deutlich. Gefängnisstrafen werden allerdings bei Konsumdelikten auch vor Gericht noch selten verhängt. In den letzten Jahren hat zunehmend eine „Entpönalisierung“ stattgefunden. Dabei ändert sich nichts Grundsätzliches an der Strafbarkeit des Besitzes, aber es wird unter bestimmten Bedingungen staatlicherseits auf den Vollzug der Strafe verzichtet. Die „Dekriminalisierung“ geht einen Schritt weiter, indem das entsprechende Verhalten nicht mehr mit dem Strafrecht, sondern dem Ordnungsrecht unterstellt wird. Die aktuelle Diskussion über Produktion und Handel geht allerdings noch weit darüber hinaus und stellt die Grundsatzfrage, ob hier eine Legalisierung stattfinden soll. Dabei muss allerdings kein freier Markt am Ende stehen, sondern es könnte auch zu einer Regulierung dieses Marktes kommen, wie man ihn heute schon von Tabak und Alkohol kennt. Im Weiteren gehen die Autoren auf drei Themen, welche in der aktuellen Diskussion eine Rolle spielen, exemplarisch ein: Risikoeinschätzung, wahrgenommene Verfügbarkeit und Akzeptanz der Prohibition. Die vorhandene Evidenz ist nach ihrer Einschätzung nicht ausreichend, um über eine Legalisierung allein auf dieser Grundlage entscheiden zu können. Sie plädieren dafür, die Entwicklungen und Konzeptionen sowie die komplexere Regulierungssysteme in Uruguay und den verschiedenen US-Bundesstaaten – welche Cannabis legalisiert haben – zu analysieren, um auf dieser Basis dann informierte Entscheidungen treffen zu können.

Autor Steuergruppe der drei Eidgenössischen Kommissionen für Alkoholfragen, für Drogenfragen und für Tabakprävention (Hrsg.)

Titel Herausforderung Sucht: Grundlagen eines zukunftsfähigen Politikansatzes für die Suchtpolitik in der Schweiz Standort reg
Bern, 2010. - 102 S.

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Steuergruppe der drei Eidgenössischen Kommissionen für Alkoholfragen, für Drogenfragen und für Tabakprävention (Hrsg.)
Titel Herausforderung Sucht: Grundlagen eines zukunftsfähigen Politikansatzes für die Suchtpolitik in der Schweiz
Kurzfassung
Bern, 2010. - 7 S. **Standort** reg

Text

Autor Stolzenberg, Katja
Titel Repression: Die "ungeliebte" vierte Säule
Strategien der Ermittlung von Drogendelikten: Ziele und Effekte
DHS-Fachkonferenz vom 19. - 21. November 2012 in Leipzig zum Thema: "Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand"
Internet: <http://www.dhs.de/dhs-veranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html>, Zugriff: 27.03.2013 **Standort** pdf

Text

Autor Stöver, Heino
Titel Umdenken in Drogenpolitik und Drogenhilfe: mehr Menschen mit Substanzstörungen früher erreichen und besser versorgen
in: Neue Ansätze in der Suchthilfe
Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit
Berlin, Jg. 47(2016), Nr. 1, S. 26-38 **Standort** reg

Text Fachleute sind sich einig: Die prohibitive Drogenpolitik der letzten Jahrzehnte ist gescheitert und eine Reform der Strafgesetzgebung dringend notwendig. Ebenso hat sich die Drogenhilfe weiterentwickelt und etwa das strenge Abstinenzparadigma aufgegeben. In diesem Beitrag werden aktuelle Reformbedarfe und Reformansätze in Drogenpolitik und Drogenhilfe dargestellt und diskutiert.

Autor Stöver, Heino
Titel Keine Menschenwürde ohne Harm-Reduction
DHS-Fachkonferenz vom 19. - 21. November 2012 in Leipzig zum Thema: "Die vier Säulen der Suchthilfe und Suchtpolitik auf dem Prüfstand"
Internet: <http://www.dhs.de/dhs-veranstaltungen/rueckschau/fachkonferenzen.html>, Zugriff: 27.03.2013 **Standort** pdf

Text

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Stöver, Heino; Thomasius, Rainer		
Titel	Legalisierung von Cannabis: Pro und Contra in: Sucht: Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis, Jg. 59(2013), H. 1, S. 51-53	Standort	sto
Text			
Autor	The European Alcohol Policy Alliance (EUROCARE)		
Titel	Eurocare recommendations for a future EU alcohol strategy November 2014 Bussels, 2014	Standort	reg
Text			
Autor	Thomasius, Rainer et al.		
Titel	Cannabispolitik in Deutschland hat sich bewährt in: Suchttherapie, Jg. 17(2016), H. 2, S. 57-59	Standort	sto
Text	Gemeinsame Stellungnahme der kinder- und jugendpsychiatrischen Fachgesellschaft und der Fachverbände DGKJP, BAG KJPP, BKJPP. Erarbeitet durch die Gemeinsame Suchtkommission zur Replik von Andreas Gantner.		
Autor	Trautmann, Franz		
Titel	Auswirkungen der Drogenpolitik auf den weltweiten Drogenmarkt in: Suchtmagazin, Jg. 36(2010), H. 6, S. 15-20	Standort	sto
Text	Die internationalen Bemühungen, den weltweiten Drogenmarkt einzudämmen, sind - gemessen an den Zielvorstellungen der United Nations General Assembly Special Session UNGASS - wenig erfolgreich gewesen. Es lassen sich keine Belege für eine Reduktion des weltweiten Drogenproblems in der Periode 1998 - 2007 finden. Eine Debatte über den Sinn der gegenwärtigen Drogenpolitik und mögliche Alternativen ist zu wünschen.		

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Trautmann, Franz

Titel 10 verschenkte Jahre der Drogenkontrollpolitik: Die globalen Drogenmärkte und die Versuche, den Drogenhandel-/anbau zu kontrollieren Standort reg
in: Akzept, Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (Hrsg.)
Von der staatlichen Kontrolle zur Stärkung des Selbstverantwortung: Alternativen zur prohibitiv-repressiven Kontrollpolitik
9. Internationaler akzept Kongress in Frankfurt/Main: 25. und 26. September 2009
Berlin, 2010
S. 17-31

Text

Autor Uchtenhagen, Ambros

Titel Zur Stellungnahme der DG-Sucht zur Legalisierungsdebatte des nicht-medizinischen Cannabiskonsums: Welche Optionen für eine neue Cannabispolitik gibt es derzeit? Ein Kommentar zum Positionspapier der DGS Standort sto
in: Sucht, Jg. 62(2016), H. 3, S. 177-179

Text

Autor Vogt, I.; M. Schmid

Titel Heroinpolitik Standort sto
in: Suchttherapie: Prävention, Behandlung, wissenschaftliche Grundlagen, Jg. 9(2008), H. 3, S. 111-118

Text Heroin gilt in den USA seit 1920 als Prototyp der "bösen" Droge. Auf diesem Hintergrund entwickelte sich in den 70er Jahren der "War on Drugs", der bis heute anhält, und der von den USA ausgehend die ganze Welt überzieht. Die deutsche Drogenpolitik in der Zeit von 1970 bis 1990 ist davon wesentlich geprägt. Allerdings forderten der rasante Anstieg der HIV-Infektionen unter intravenös konsumierenden Drogenabhängigen nach 1985 sowie die explodierenden Zahlen der Drogentoten in derselben Zeit die Politik ebenso wie die Drogenhilfe heraus. Es kam in den 1990 Jahren zu einem Umschwung der Drogenpolitik mit starker Betonung von schadensmindernden Hilfeansätzen. In diesem Kontext begannen die ersten ernsthaften Diskussionen zur Implementierung von Heroinprojekten in Deutschland. Das bundesdeutsche Modellprojekt zur heroingestützten Behandlung Drogenabhängiger konnte allerdings erst Ende der 90er Jahre realisiert werden. Die Ergebnisse der Studie sind 2007 veröffentlicht worden. Sie zeigen, dass die Untersuchungsgruppe der Schwerstabhängigen, die mit Heroin behandelt worden ist, im Vergleich zur Kontrollgruppe, die nur mit Methadon behandelt worden ist, signifikant profitiert. Dennoch gibt es nachhaltigen Widerstand bei politischen und verbandlich relevanten Akteuren hinsichtlich der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes. Berücksichtigt man die gegenwärtigen politischen Strömungen, sind die Chancen, Diacetylmorphin (Heroin) als Medikament in Deutschland (wieder) zuzulassen, eher schlecht.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Weigl, Marion; Raiser, Peter; Marthaler, Marc

Titel Cannabisregulierung in den deutschsprachigen Ländern
in: Suchtmagazin, Jg. 43(2017), H. 2/3, S. 39-42

Standort sto

Text In den deutschsprachigen Ländern Europas ist Cannabis nach wie vor verboten. Zwar beeinflussen die internationalen Entwicklungen der Cannabispolitik auch die Debatten in Deutschland, Österreich und der Schweiz und es ist eine Entwicklung hin zu vereinfachten strafrechtlichen Verfahren für den Konsum von Cannabis erkennbar, aber eine vertiefte Auseinandersetzung mit Alternativen zur Verbotspolitik findet in allen drei Ländern hauptsächlich in Fachkreisen statt.

Autor Weissinger, Volker

Titel Zur Stellungnahme der DG-Sucht zur Legalisierungsdebatte des nicht-medizinischen Cannabiskonsums: Legalisierung von Cannabis? - Plädoyer für eine differenzierte Debatte
in: Sucht, Jg. 62(2016), H. 3, S. 179-180

Standort sto

Text

Autor Weltgesundheitsorganisation

Titel Handlungsrahmen für eine Alkoholpolitik in der Europäischen Region der WHO
Regionalkomitee für Europa, 55. Tagung
Bukarest, Rumänien, 12.-15. September 2005
Kopenhagen, 2006. - 30 S.

Standort reg

Text Die Europäische Region ist die WHO-Region mit dem höchsten Alkoholverzehr in der Welt. Der Prokopfverbrauch ist hier doppelt so hoch wie im Weltdurchschnitt. Alkohol ist in der Europäischen Region der drittgrößte und unter jungen Menschen sogar der führende Risikofaktor für Tod und Behinderung. Die Krankheitslast durch Alkohol ist in der Europäischen Region ebenfalls doppelt so hoch wie im Weltdurchschnitt. Daher ist ein neues Kapitel in der Alkoholpolitik der Region, wie sie in dem Dokument vorgeschlagen wird, an der Zeit. Der Handlungsrahmen für eine Alkoholpolitik bezweckt es, die Entwicklung und Umsetzung globaler, regionaler, nationaler und lokaler Konzepte und Maßnahmen zur Verhütung bzw. Verringerung durch Alkohol verursachter Schäden zu fördern und zu ermöglichen. Der Rahmen umfasst bestehende Instrumente und Dokumente der WHO und greift neue Entwicklungen und Herausforderungen sowie weiteren Forschungsbedarf an. Dem Papier liegt ein Resolutionsentwurf zur Prüfung durch das Regionalkomitee bei.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor WHO - Weltgesundheitsorganisation, Regionalbüro für Europa

Titel Europäischer Aktionsplan zur Verringerung des schädlichen Alkoholkonsums (2012-2020)

Standort hoa

Kopenhagen, 2011. - 29 S.

Internet: http://www.euro.who.int/__data/assets/pdf_file/0009/148068/RC61_wd13G_Alcohol_111374_ver2012.pdf,

Zugriff: 19.08.2014

Text

Autor World Health Organization (Ed.) *

Titel WHO expert committee on problems related to alcohol consumption: Second report

Standort reg

Geneva, 2007

Text

Autor World Health Organization, Regional Office for Europe

Titel Policy in action: A tool for measuring alcohol policy implementation

Standort hoa

Copenhagen, 2017

Text

Europe has the highest alcohol consumption and alcohol-attributable disease burden in the world. In 2011, all 53 Member States of the WHO European Region endorsed the European action plan to reduce the harmful use of alcohol 2012–2020 (EAPA), which provides a portfolio of evidence-based policy options for mitigating alcohol-associated problems. To assess the extent to which Member States have adopted the recommended policy standards, the WHO Regional Office for Europe has developed 10 composite indicators, one for each action area of the EAPA. This document describes the construction of the EAPA composite indicators and presents an evaluation of the performance of Member States in the European Region in implementing the 10 action areas. The composite indicators measure not only the presence of alcohol policies but also their strictness and comprehensiveness.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	World Health Organization, Regional Office for Europe	
Titel	Status Report on Alcohol and Health in 35 European Countries 2013 Copenhagen, 2013 Internet: http://www.euro.who.int/de/what-we-publish/abstracts/status-report-on-alcohol-and-health-in-35-european-countries-2013 , Zugriff: 29.08.2013	Standort reg
Text	<p>People in the WHO European Region consume the most alcohol per head in the world. In the European Union (EU), alcohol accounts for about 120 000 premature deaths per year: 1 in 7 in men and 1 in 13 in women. Most countries in the Region have adopted policies, strategies and plans to reduce alcohol-related harm. In 2012, the WHO Regional Office for Europe collected information on alcohol consumption and related harm, and countries policy responses to contribute to the Global Information System for Alcohol and Health; this report presented a selection of the results for 35 countries – EU Member States and candidate countries, Norway and Switzerland – individually and in groups distinguished by their drinking patterns and traditions.</p> <p>Die Menschen in den Ländern der Europäischen Region der WHO haben pro Kopf den höchsten Alkoholkonsum weltweit. In der Europäischen Union ist Alkoholkonsum jährlich für ca. 120 000 vorzeitige Todesfälle verantwortlich. Jeder siebte Mann und jede dreizehnte Frau. Die meisten Länder in der Region haben inzwischen Konzepte, Strategien und Pläne zur Verringerung alkoholbedingter Schäden eingeführt. 2012 erfasste das WHO-Regionalbüro für Europa zur Eingabe in das Globale Informationssystem für Alkohol und Gesundheit Informationen über Alkoholkonsum und damit verbundene Schäden sowie über von den Ländern ergriffene Gegenmaßnahmen. In diesem Bericht wurde eine Auswahl der Ergebnisse aus 35 Ländern (Mitgliedstaaten und Kandidatenländer der EU sowie Norwegen und die Schweiz) präsentiert, wobei diese individuell wie auch in nach Trinkgewohnheiten und -traditionen gebildeten Gruppen betrachtet wurden.</p>	
Autor	Wüthrich, Astrid; Uhl, Alfred	
Titel	Die Suchtstrategien von Österreich und der Schweiz in: Suchtmagazin, Jg. 43(2017), H. 2/3, S. 35-38	Standort sto
Text	<p>Im November 2015 verabschiedete der Schweizerische Bundesrat die «Nationale Strategie Sucht», die sich dadurch auszeichnet, dass nicht mehr zwischen illegalen und legalen Substanzen oder Verhaltenssuchten unterschieden wird. Beinahe zeitgleich, im Dezember 2015, verabschiedete die österreichische Regierung die «Österreichische Suchtpräventionsstrategie», die sich für einen diversifizierten, an die Klientel angepassten Behandlungsansatz ausspricht und der Schadensbegrenzung einen hohen Stellenwert zuweist. In ihrem Anspruch sind die beiden Strategien ähnlich: Beide geben einen Orientierungsrahmen für die AkteurInnen in Kantonen bzw. Ländern und Gemeinden und für die Fachleute im Feld, der sowohl auf Prävention als auch auf Behandlung fokussiert, von den Kooperationspartnern mitgetragen wird und alle Suchtformen einschliesst.</p>	

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor Zamparutti, Tony; Hernández, Guillermo; Bolt, Kamilla
Titel Assessment of the added value of the EU strategy to support Member States in reducing alcohol-related harm: Final Report **Standort** hoa
Submitted to: DG Health and Consumers (DG Sanco), Luxembourgs/Brussels
Brussels, 2012
Internet: http://ec.europa.eu/health/alcohol/docs/report_assessment_eu_alcohol_strategy_2012_en.pdf, Zugriff:
16.09.2013

Text

Autor Zobel, Frank
Titel Drogen- und Suchtpolitik in der Europäischen Union **Standort** sto
in: Suchtmagazin, Jg. 38(2012), H. 2, S. 13-16

Text Der vorliegende Artikel beleuchtet die Art und Weise, in der sich die 27 Mitgliedsstaaten der EU in ihren Strategien zur Bekämpfung der Probleme im Bereich der illegalen Drogen progressiv genähert haben und untersucht, ob im weiteren Bereich der Sucht allgemein eine ähnliche Dynamik beobachtet oder angestrebt werden kann. Ein weiteres Thema ist der Einfluss der Schweiz auf diesem Gebiet.

Autor Zobel, Frank; Marthaler, Marc
Titel Four shades of green: Modelle der Cannabisregulierung **Standort** sto
in: Suchtmagazin, Jg. 40(2014), H. 6, S. 26-30

Text International zeichnet sich ein Wandel im Umgang mit Cannabis ab: Die Regulierung des Cannabismarktes in den beiden US-Bundesstaaten Colorado und Washington und in Uruguay, die Bildung von Vereinigungen von Cannabiskonsumierenden in Spanien und in Belgien und Reformen des holländischen Coffeeshop-Modells; wo liegen die Gemeinsamkeiten, wo die Unterschiede der verschiedenen existierenden oder geplanten Modelle?

Autor Zobel, Frank; Marthaler, Marc
Titel Cannabis: Rolle und Konsequenzen der internationalen Drogenpolitik **Standort** sto
in: Suchtmagazin, Jg. 42(2016), H. 4, S. 18-21

Text Im April 2016 fand die dritte ausserordentliche Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGASS) zur Drogenpolitik statt. An der Versammlung sollte über den Vorrang von gesundheitspolitischen vor repressiven Massnahmen diskutiert werden. Hintergrund der UNGASS bildeten aber auch die Legalisierung von Cannabis in Uruguay und mehreren US-amerikanischen Staaten, die einen klaren Bruch mit den internationalen Abkommen darstellt. Zwar sind Reformbemühungen sichtbar, aber das internationale System tut sich schwer, den wachsenden Spannungen, die sich aus dem Auseinanderdriften lokaler Politiken und den geltenden Abkommen ergeben, Rechnung zu tragen.

Suchtpolitik

Literaturverzeichnis

Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V., Bibliothek, Westenwall 4, 59065 Hamm, Telefon: +49 2381 9015-13, bibliothek@dhs.de

Autor	Zobel, Frank; Marthaler, Marc	
Titel	Von den Rocky Mountains bis zu den Alpen: Regulierung des Cannabismarktes - neue Entwicklungen Lausanne: Sucht Schweiz, 2014 Internet: http://www.suchtschweiz.ch/ , Zugriff: 21.05.2014	Standort ho
Text	<p>Im Verlauf der letzten zwei Jahre haben sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von zwei Bundesstaaten der Vereinigten Staaten von Amerika sowie das Parlament des unabhängigen Staats Uruguay für die Legalisierung des Cannabiskonsums und die Regulierung des Cannabismarktes ausgesprochen. Schon zuvor haben sich in verschiedenen Regionen Spaniens und Belgiens Vereinigungen von Cannabiskonsumierenden entwickelt, während das holländische Modell, welches den Verkauf und den Besitz kleiner Mengen von Hanfprodukten toleriert, Reformen unterzogen wurde. Und in jüngster Zeit haben auch Schweizer Städte Interesse für neue Formen der Regulierung des Cannabismarktes bekundet.</p> <p>Die verschiedenen eingeführten oder geplanten Modelle zur Regulierung des Cannabismarktes zeigen einerseits unterschiedliche Herangehensweisen, andererseits aber auch Gemeinsamkeiten. Das aktuelle Spektrum der Regulierungsmodelle reicht von verhältnismässig offenen Märkten in Colorado und im Bundesstaat Washington, einem strenger geregelten Markt in Uruguay (Registrierung aller Akteure, auch der Konsumierenden, Verkauf in Apotheken, monatliche Bezugsgrenzen), der Tolerierung des Verkaufs von kleinen Mengen in den Niederlanden, wobei die Produktion nach wie vor verboten ist, bis zur Gründung von Vereinigungen von Cannabiskonsumierenden innerhalb rechtlicher Grauzonen. Solche Vereinigungen, die den Zugang zu Cannabis ausschliesslich Vereinsmitgliedern vorbehalten, existieren vor allem in Spanien, aber auch in Belgien und als Projekte in Uruguay, den Niederlanden und in Genf.</p> <p>Die Modelle zur Regulierung des Cannabiskonsums vereinigen in der Regel Bestimmungen über Medikamente (Registrierung, Sicherheitsmassnahmen, Werbeverbot, Begrenzung der Bezugsmengen), über Tabakprodukte (hohe steuerliche Abgaben) und alkoholische Getränke (Zugangsalter). Daraus lässt sich ableiten, dass die existierenden oder geplanten Regulierungsmassnahmen des Cannabismarktes bedeutend restriktiver sind als die bestehenden Bestimmungen zu Alkohol. Dies widerspiegelt das Bild, das man sich von einer Regulierung einer „neuen“ psychoaktiven Substanz zu Beginn des XXI. Jahrhunderts macht, aber auch den begrenzten Spielraum, den internationale Abkommen ebenso wie die öffentliche Debatte eröffnen.</p>	